

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Betriebs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgeleitete Kolonette
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Besondere-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 12. September 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten.

New York, 1. September.

Es trennen uns nur noch etwa zehn Wochen von dem Tage, an dem das amerikanische Volk die Wahlmänner (Electors) erwählt, welche dann in den ersten Tagen des Januar nächsten Jahrs sich in den verschiedenen Regierungsstädten der Einzelstaaten versammeln, um dort bei geheimer Stimmabgabe den künftigen Präsidenten, resp. Vizepräsidenten der Union zu erwählen, — und doch dürfte es auch heute noch gewagt sein, vorauszusagen, ob Mac Kinley oder Bryan als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen wird. Wer sich erinnert, wie bei der zweiten Cleveland-Wahl (1892) die Republikaner noch bis zum Vorabend der Wahl ihrer Sache absolut sicher waren und am nächsten Tage die vernichtendste Niederlage erlitten, welche jemals ihre Partei traf, der ist sich der Gefahr einer zurechtweisenden Prophezeiung mit Bezug auf den Ausgang von Präsidentenwahlen in diesem Lande wohl bewußt. Damit aber auch der Fernersehende einen Begriff davon bekomme, wie das System der indirekten Wahl des Präsidenten „arbeitet“, mögen die nachfolgenden Zahlen angeführt werden: Im Jahre 1880 erhielt Garfield 4 449 000 Stimmen der „Urwähler“, Hancock deren 4 442 000, aber die Verteilung dieser Stimmen auf die Einzelstaaten war eine solche, daß daraus — trotz der unendlich kleinen Differenz im Volks-Votum — 214 Wahlmänner für Garfield und nur 155 für Hancock resultierten. Im Jahre 1884 erhielt Cleveland 4 911 000 Volksstimmen, Blaine 4 848 000; das Wahlmänner-Verhältnis war 219 für ersteren, 182 für letzteren. Bei dieser Wahl gewann Cleveland den Staat New York mit nur 1047 Majorität, bei einer Gesamt-Stimmabgabe von weit über 1 Million, und sämtliche 36 Electors (Wahlmänner) des Staats waren nun — da wir mit Bezug auf die Wahlmännerlisten scrutinium haben, — für Cleveland verpflichtet. Noch charakteristischer ist das Resultat des Jahres 1888. In diesem Jahr erhielt Cleveland 5 538 000 Urwähler-Stimmen, Harrison nur 5 440 000, also nahezu 100 000 weniger als Cleveland, und doch wurde Harrison gewählt, und zwar mit einem Wahlmänner-Votum von 233 gegen 168, welche auf Cleveland fielen. Und dabei stimmten die Wahlmänner überall so, wie sie moralisch — nicht gesetzlich — verpflichtet waren, zu stimmen. Im Jahre 1892 fielen 5 556 000 Stimmen auf Cleveland und 5 176 000 auf Harrison, ersterer wurde mit 277 Wahlmänner-Stimmen gegen Harrison's 145 gewählt. Auf den Populistenkandidaten Weaver fielen, bei einem Volksvotum von über 1 Million, 22 Wahlmänner-Stimmen, das erste Mal seit langen Jahren, daß das Wahlmänner-Votum sich nicht ganz auf nur zwei Parteien verteilte. Endlich, bei der letzten Präsidentenwahl (1896) erhielt Mac Kinley 7 104 000 Urwähler-Stimmen, Bryan 6 502 000; ersterer 271 Electoren-Stimmen, letzterer nur deren 176. Die steigende Zahl der Electoren erklärt sich aus der Formierung neuer Staaten. Das Votum aller kleineren Parteien zusammengenommen (Populisten, Socialisten, Temperenzler, Gold-Demokraten usw.), betrug nur etwa 2/4 Proz. des Gesamt-Votums, selbstverständlich ohne daß von diesen auch nur ein Elector erwählt worden wäre.

Die Darlegung dieses Sachverhalts ist notwendig, weil daraus zwei Punkte klar hervorgehen, welche behufs Beurteilung der hiesigen Parteiverhältnisse wohl verstanden werden müssen: Zunächst die Thatsache, daß es sich bei uns, um einen Wechsel des Regierungssystems herbeizuführen, — wobei natürlich soweit nur die beiden alten Parteien, die republikanische und demokratische in Betracht kommen können, — keineswegs um eine tiefgreifende Umwälzung in dem patriotischen Bewußtsein der Massen handelt, welche dann in einer ebenso gewaltigen Umwälzung in der Stimmabgabe der Parteien zum Ausdruck kommt, sondern nur, bei einem Gesamt-Votum von jetzt 14 bis 15 Millionen, um eine Aenderung von ein paar hunderttausend Stimmen, meist noch um weniger, nach der einen oder andern Seite hin. Und ferner erhellt aus dem oben Angeführten, daß es auch darauf ankommt, wo eine Aenderung der Stimmabgabe erfolgt, ob in einem Staat, in welchem selbst ein großer Abfall von der herrschenden Partei doch immer noch eine Majorität derselben und damit ihr Electoren-Votum unberührt lassen würde, oder anderswo, wo schon ein geringer Wechsel in der Stimmabgabe den Staat durch das Wahlmänner-Votum der gegnerischen Partei überliefern würde. Das oben angeführte Beispiel des Staats New York, dessen 36 Wahlmänner Cleveland mit einer Mehrheit von nur 1047 Stimmen gewann, wird klar machen, was gemeint ist.

Und zugleich geht aus diesen Ausführungen allerdings auch hervor, auf wie schwachen Füßen unsere Vorhersagungen stehen, wenn wir das voraussetzliche Resultat einer Präsidentenwahl auf die großen Linien eines Principis, welches sich angeblich im Volksbewußtsein duräringt, herauskonstruieren wollen. Jrgend eine, für das Allgemeininteresse ganz untergeordnete lokale Angelegenheit, welche aber in dem betreffenden Staate viel Staub aufwirbelt, macht alle unsere Weisheit zu Schanden, indem sie den Staat und damit vielleicht die Präsidentschaft derjenigen Partei überliefert, von der wir, nach allgemeiner und principieller Kritik der Verhält-

nisse anzunehmen berechtigt waren, daß sie ganz sicherlich unterliegen würde.

Alles dies in Betracht gezogen, läßt sich nur das eine mit Bestimmtheit sagen, daß Bryans Aussichten seit einigen Wochen sich bedeutend gebessert haben. Allerdings hat er dadurch, daß er darauf bestand, die „16 zu 1“ Silberplanke in die demokratische Plattform aufzunehmen, sich wieder einen Teil der sogenannten Gold-Demokraten entfremdet, welcher sonst für ihn gestimmt hätte, aber da kein zweites (demokratisches) Präsidentschafts-Ticket zu stande gekommen, bleibt ihm noch ein beträchtlicher Teil derjenigen Demokraten und Unabhängigen, welche bei der letzten Präsidentschaftswahl für Mac Kinley stimmten, denselben aber heute unter allen Umständen schlagen wollen, weil ihnen dessen Imperialismus für das Land gefährlicher scheint, als alles Unheil, das Bryan in der Geldfrage anrichten könnte. Wenn die Präsidentschaftswahl nun eine direkte und allgemeine wäre, so daß einfach das Gesamtvotum in der Union zusammengezählt und die Majorität entscheiden würde, so liegt die Wahrscheinlichkeit vor, daß Bryan auf Grund der anti-imperialistischen Parole, die jetzt von den Demokraten unter gänzlicher Vernachlässigung aller andern Punkte, in den Vordergrund gedrängt wird, den Sieg erringen würde. Da kommt aber in Betracht, was oben angedeutet wurde, daß nämlich die anti-imperialistische Bewegung in den Staaten, in welchen sie eine gewisse Stärke hat, die „angestammte“ republikanische Majorität wohl verringern, aber schwerlich auslöschen wird; womit also die Electoren-Stimmen Mac Kinley verbleiben. Es sind dies die Neu-England-Staaten, und der führende der Staat Massachusetts. Im Westen aber wird der Anti-Imperialismus sehr wenige Profelyten für Bryan machen.

Der Amerikaner ist sozusagen von Geburt und durch Erziehung Jingo, und nur die im allgemeinen höhere Bildung der führenden Elemente in den Neu-England-Staaten läßt sie diesen Jingoismus bei sich überwinden. Es wird behauptet, daß die aus Europa Eingewanderten, besonders die Deutschen, verschiedene Segner des Imperialismus seien. Die Deutschen werden stimmen, wie sie immer stimmten, demokratisch, republikanisch oder — es ist eine Freude, daß man schon berechtigt ist, es anzuführen — socialistisch, mit Ausnahme des kleinen Häufchens, welches der Führerschaft des bürgerlichen Ideologen Karl Schurz folgt. Aber freilich werden die deutschen Demokraten diesmal den Imperialismus als Grund anführen, weshalb sie gegen Mac Kinley stimmen.

Künftige Momente für Bryan sind ferner: eine gewisse Lässigkeit und Unzufriedenheit unter den Republikanern, von denen immerhin eine ganze Anzahl durch die Raub- und Nordwirtschastaufstauung in Philippinen degoutiert ist; dann die Invidiosität desjenigen Teils des Kleinbürgertums, welcher früher republikanisch stimmte, daß Bryan den Feldzug gegen die Trusts ernsthafter führen würde, als die Republikaner, welche die Beschränkung derselben „schandenhalber“ ebenfalls versprochen haben.

Dagegen hat sich Bryan den Haß der radikalen Populisten durch seine schwankende Haltung in der Geldfrage, für welche er jetzt, nachdem der Punkt in die Plattform aufgenommen, kein Wort mehr übrig hat, sowie bezüglich anderer radikaler Fragen zugezogen, so daß dieselben, welche das letzte Mal für ihn stimmten, ein eignes Präsidentschafts-Ticket aufgestellt haben. Das Ticket der „Social-Democratic Party“ Debs-Harriman, wird ebenfalls viele Stimmen an sich ziehen, die vielleicht sonst auf Bryan gefallen wären, ja, daselbe hätte sogar eine ungewöhnlich große Bedeutung gehabt, wenn nicht der Zwist unter den Socialisten das vereitelt hätte.

Der stärkste Wideracher aber, welchen Bryan zu überwinden hat, sind die „guten Zeiten“. Der Amerikaner gleicht dem Chinesen, der seine Hausgötter durchprügelt, wenn es ihm schlecht geht; so macht auch der Durchschnitts-Amerikaner die gerade am Nuder befindliche Partei verantwortlich, falls eine wirtschaftliche Krise hereinbricht oder es ihm sonst nicht nach Wunsch geht. Gätten wir jetzt ein Notstands-Jahr, so unterliegt es kaum einem Zweifel, daß Mac Kinley hinausflöge, so aber haben wir verhältnismäßig gute Zeiten, und der Amerikaner kreidet sie dem Mac Kinley an.

Eines steht jedenfalls fest; eine Flutwelle nach der einen oder andern Richtung hin ist nicht zu bemerken. Wie nun die oben angeführten „Für und Wider“ sich neutralisieren und welches Resultat sie schließlich zeitigen werden, wird man im November am Abend des Wahltags ganz genau erfahren.

Oder vielleicht auch nicht. Denn es scheint sich in den „oberen Regionen“ etwas vorzubereiten, worauf schon jetzt hingewiesen werden soll. Daß die Regierung in Washington ungeheure kapitalistische Interessen vertritt, ist zweifellos, und daß sie die Macht nicht aus den Händen geben wird, wenn sie es nur irgendwie verhindern kann, steht ebenfalls fest. Wie das unter Umständen gemacht wird, hat die republikanische Partei im Jahre 1876 bewiesen, als der Demokrat Tilden mit einer Viertelmillion Volks-Majorität und einer starken Wahlmänner-Majorität zum Präsidenten gewählt worden war, und die Republikaner, welche sich im Besitz der Macht befanden, einfach die Wahlmänner-Stimmen der Staaten Florida, Louisiana und Süd-Carolina — sämtlich demokratisch —

hinauswarfen, weil dieselben angeblich durch Einschüchterung der Weger in jenen Staaten erlangt waren, und so, nach einiger Spiegelfechtereier im Kongreß, thatsächlich die Präsidentschaft stahlen und ihren Kandidaten, Hayes, inaugurierten.

Nun hat ein Teil der Südstaaten während der letzten Jahre die in jenen Gebieten wohnenden Weger politisch entrechtet, indem sie ihnen das Stimmrecht unter dem Vorwand einer Bildungs-Bedingung nahmen. Damit diese Bedingung des Lesen- und Schreiben-Könnens nicht auch die Weißen treffe, von denen im Süden ein großer Teil zu den Analphabeten gehört, sagt eine Bestimmung der betr. Gesetze, daß die letzteren nicht auf solche Einwohnner Anwendung haben sollen, welche schon selbst oder deren Vorfahren im Jahre 1867 das Stimmrecht hatten. Die Weger hatten es damals noch nicht. Nun schreibt aber die Konstitution der Vereinigten Staaten vor, daß im Falle in irgend einem Staate einem Teil der Bürger, welche 21 Jahre oder darüber sind, das Stimmrecht entzogen wird — außer aus Gründen, die hier nicht Platz greifen —, auf die Vertretung dieser Staaten im Kongreß und bezüglich der Präsidentschaft-Electoren entsprechend reduciert werden solle. Das würde ungefähr einer Verminderung der Wahlmänner-Stimmen jener Staaten (sämtlich strikt demokratisch) um 1/4 bis 1/3 gleichkommen; und man kann sich darauf verlassen, daß, wenn die Präsidentschaftswahl so ausfallen würde, daß die Präsidentschaft für die Republikaner nur durch Inanspruchnahme jener Wahlmänner-Verminderung zu retten wäre, sie darauf bestehen und diese Forderung mit allen Mitteln durchsetzen versuchen werden. Aber diesmal würde sich das Volk diesen Versuch — obgleich er konstitutionell viel berechtigter wäre als der des Jahres 1876 — nicht gefallen lassen.

Bleibt Mac Kinley im Amte, so wird die äußere Politik ganz im Sinne der großkapitalistischen Interessen, welche hinter ihm stehen, fortgeführt werden. Mac Kinley, der sich vor vier Jahren durch den Großindustriellen Mark Hanna unter anderm seine Schulden bezahlen und sich so aus einem sonst hoffnungslosen Bankrott retten ließ, ist das Werkzeug, und nichts als das Werkzeug dieser Interessen. Indes ist es wohl irrig, anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten nunmehr, wie England, sich auf jeden wilden oder halbwildem Staat stürzen werden, der noch zu haben ist. Unfre Großkapitalisten sind immerhin keine Schafsköpfe. Sie sind in der äußeren Politik noch Dilettanten, aber sie lernen mit jedem Jahre.

Was wir Spanien abnahmen, haben wir noch lange nicht verdaut und werden noch lange daran zu kauen haben. Deshalb kommt den Herren in Washington die chinesische Affaire durchaus nicht gelegen; jezt, da sie mal drin sind, müssen sie natürlich mitthun. Uebrigens könnte sich unser Imperialismus einmal gehörig den Kopf einrennen, wenn er es mit einer wirklich militärrüchtigen Nation zu thun bekäme. Unser Glück — oder Unglück, wie man will — ist, daß man uns infolge des spanischen Kriegs arg überfordert hat. Wir könnten aber ganz sicherlich, wenn es jezt darauf ankäme, nicht einmal zu Lande das leisten, was England in Afrika leistet.

Ein andres Gesicht würde die Sache allerdings annehmen, wenn Mac Kinley stirbe (er soll ein Herzleiden haben) und Roosevelt, der Vice-Präsidentschaftskandidat, ans Ruder käme. In der Politik ein Abenteuerer, wie er im Buche steht — bürgerlich übrigens sehr „rangiert“ —, ein Nordpatriot vom Kopf bis zur Zehe, und einer, der überall dabei sein muß, wo etwas los ist. Wenn der in das „Weiße Haus“ zu Washington einzieht, wird die Welt etwas zu hören bekommen.

Ganz im Gegensatz zu Mac Kinley ist Bryan ein durchaus eigenwilliger Charakter, welcher seine Partei vollständig beherrscht. Wo immer er schwankend erscheint, ist er es aus demagogischer Absicht, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. In seinen Ansichten ist er ganz oberflächlich, aber ein außerordentlicher, hinreißender Redner. Man braucht ihn gar nicht der Unaufrichtigkeit zu zeihen, wenn man auspricht, daß er, einmal erwählt, doch nicht viel in seinem Sinne durchsetzen werde.

Zunächst würde ihn daran die Zusammensetzung des Kongresses hindern. Selbst wenn das Repräsentantenhaus eine demokratische Majorität aufweisen sollte — eine sehr gewagte Annahme —, so würde der Senat noch immer republikanisch bleiben. Derselbe wird nämlich ratenweise — aller zwei Jahre ein Drittel — neu gewählt — und da man das jezt ausschreibende Drittel in seiner Zusammensetzung ganz genau kennt und weiß, in welchen Staaten die Neuwahlen stattfinden, so kann man auch beurteilen, daß der Senat eine republikanische Mehrheit unter allen Umständen behalten wird. Und damit ist für die nächsten zwei Jahre und darüber hinaus die Möglichkeit einer Gesetzgebung, welche den Republikanern nicht gefällt, ausgeschlossen. Aber auch abgesehen davon würde Bryan weder gegen die Trusts, noch gegen den Imperialismus viel ausrichten. Gegen die Trusts nicht, weil er überhaupt nicht wissen würde, wie er das anfangen sollte, und weil diese sich ihrer Haut durch Mittel wehren würden, gegen welche Bryan machtlos wäre; gegen den Imperialismus nicht, weil sich die von den Republikanern gethanen

Schritte mit allen ihren Konsequenzen nicht so ohne weiteres ungeschehen machen lassen, sondern mit zwingender Notwendigkeit fortwirken, und weil — man sage was man wolle — das amerikanische Volk nicht anti-imperialistisch gesinnt ist. Und dieser imperialistischen Gesinnung wird es so lange huldigen, bis der Umfang der Opfer für diese Politik, von dem wir jetzt erst einen ganz leisen Vorgeschmack haben, ins Ungeheure wachsen und zusammenfallen wird mit einer Periode schlechter Zeiten und schlimmster wirtschaftlicher Krisen, wie wir sie schon heraufdammen sehen. Denn daß die Trübsal, wie von diesen Seiten behauptet wird, neben sonstigen schönen Qualitäten auch die haben, jede Ueberproduktion unmöglich zu machen, wird durch unsere gigantische Produktion aufs schlagendste widerlegt. Noch können wir ihre Warenmassen, wenn auch mühselig, von uns abschicken, aber auf lange hinaus sicherlich nicht.

China.

Aus Washington kommen Meldungen, die von neuem den Wunsch der amerikanischen Regierung bekunden, in Anlehnung an den russischen Vorschlag möglichst bald und glatt Friedensverhandlungen mit China zu pflegen. Zunächst ist ein bemerkenswerter Bericht des amerikanischen Generals Chaffee vom 4. September aus Peking zu verzeichnen. Chaffee meldet:

„Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß hier auf lange Zeit hinaus die diplomatischen Beziehungen nicht wieder aufgenommen werden. Die russische Gesandtschaft begibt sich sehr bald nach Tientsin. Wir erwarten es als sicher, daß die chinesische Regierung, so lange eine fremde Armee hier in Peking bleibt, nicht hierher zurückkehrt. Wenn diese Annahme richtig ist, so kann unsere Gesandtschaft keine diplomatischen Aufgaben erledigen. Meine Meinung geht dahin, daß Peking nur als Lager für die verbündete Armee dienen soll, bis die Mächte sich an anderen Punkten festgesetzt haben.“

Die Bedeutung des letzten Satzes der Chaffeeschen Meldung ist unklar; jedenfalls deutet die amerikanische Regierung nicht daran, derartige Pläne zu verfolgen. Vielmehr hat, nach einer weiteren Depesche aus Washington, Präsident Mac Kinley an den amerikanischen Gesandten in Peking, Conger, sowie an den General Chaffee telegraphiert, „Sie möchten sich für die Abreise von Peking vorbereiten. Conger erhält den Rat, sich über Tientsin nach Shanghai zu begeben. Die amerikanische Flotte würde dann vollständig genügen, um die amerikanischen Interessen zu schützen.“

Ueber den Prinzen Tsching, der als Unterhändler in Peking eingetroffen sein sollte, liegen heute keinerlei Nachrichten vor. Um so mehr wird wieder über die Mission Li-Hung-Tschang gemeldet. Wie Londoner Blätter melden, hat Li-Hung-Tschang durch die Vermittlung der Gesandten die Vergabungsschreiben der von der chinesischen Regierung ernannten Friedensunterhändler den verschiedenen Großmächten zugesandt.

Diese Nachricht wird auch aus Washington bestätigt. Von dort meldet Bureau Reuter:

„Wu-tung-fang hat dem Staatsdepartement ein vom Kaiser erlassenes Edikt überreicht, das von heute vor 14 Tagen und, wie man annimmt, aus Peking datiert ist. Dasselbe betraut Li-Hung-Tschang mit der Vollmacht, die Beilegung der Streitigkeiten zu vollenden, und ermächtigt ihn, nach seinem Gutdünken jeglichen Vorschlag zu machen, ohne sich zuvor an den Kaiser wenden zu müssen.“

Li-Hung-Tschang ist, wie aus Shanghai gemeldet wird, bereits zu Schiff gestiegen, um nach Taku und Peking zu reisen.

Londoner Blätter sprechen aus Grund Shanghai Nachrichten von einem „verräterischen Doppelspiel“ Li-Hung-Tschangs. Er soll den Regierungen angezeigt haben, er habe dem chinesischen Hof dringend die Rückkehr nach Peking empfohlen, während er tatsächlich das Gegenteil angeraten hätte. Das sind natürlich Shanghai- und Takuermeldungen. Wertvoll dürfte dagegen das Urteil sein, das Herr v. Brandt über Li-Hung-Tschang in der letzten Nummer der Londoner „Finanz-Chronik“ fällt:

v. Brandt über Li-Hung-Tschang und die gegenwärtige Lage.

Herr v. Brandt führt aus:

„Von einer Seite wird Li-Hung-Tschang, von einer andern ein angeblich besonders fremdenfeindlicher Beamter abgelehnt, von einer dritten die Ernennung Tschang Tschang-Kung und die Lun-Pis gefordert. Alle diese Wünsche entbehren jeder Berechtigung. Die Generalgouverneure von Kanton und Wuchang sind in diesem Augenblick auf ihrem Posten viel nötiger als bei einem Friedenskongress, und da die Friedensbedingungen doch nicht nur von der Regierung angenommen, sondern vom ganzen chinesischen Volke gebilligt werden sollen, das in seiner großen Mehrheit unabweislich fremdenfeindlich ist, so scheint es durchaus richtig zu sein, wenn auch die fremdenfeindliche Partei bei den Verhandlungen ihren Vertreter hat, der so Gelegenheit haben dürfte, sich von dem Ernst der Lage zu überzeugen und die erforderlichen Konsequenzen aus derselben zu ziehen. Was Li-Hung-Tschang anbelangt, so würde seine bedingte oder unbedingte Ablehnung ein unzweifelhafter Mißgriff sein. Li ist der fähigste und energichste Staatsmann Chinas, der auch allein einen hinreichenden Einfluß besitzt, seinen Anschauungen beim Hofe und bei den extremen Parteien Geltung zu verschaffen; wenn einzelne Diplomaten es nicht vermocht haben, sich mit ihm zu verständigen, so dürfte die Schuld viel mehr an ihnen als an Li liegen, der seit dem Jahre 1870 der Retter der fremden Diplomatie in China gewesen ist und sich bei verständiger Behandlung auch diesmal als sehr nützlich erweisen dürfte. Wenn es aber richtig sein sollte, wie die Zeitungen berichten, daß die fremden Admirale beschloffen hätten, Li von Taku zurückzuweisen, bis die Genehmigung des diplomatischen Corps aus Peking zu seiner Zulassung eingetroffen sei, so hätten sie damit eine politische Funktion usurpiert — vielleicht nicht der erste Mißgriff der Art in dem chinesischen Imbrolio — die ihnen nach der Befreiung der Gesandten kaum zustehen dürfte und die nicht zur Klärung der Lage beitragen wird.“

Ganz besonders bedenklich sind aber die immer wiederkehrenden Verstöße von englischer Seite gegen die Kaiserin-Regentin und die daraus hervorgehende Absicht, sich in einer Weise in die dynastische Frage zu mischen, die mehr als alles andre geeignet sein würde, Veränderungen nicht nur in China, sondern auch unter den Vertragsmächten hervorzurufen. Kaiser und Regenten in China ein- und abzuwechseln, darf nicht Sache einer oder mehrerer fremder Mächte sein; denn das Recht, das eine Macht haben könnte, eine ihr nicht genehme Persönlichkeit zu eliminieren, würde auch jede andre Macht jeder andern Persönlichkeit gegenüber besitzen und sich ein Zustand ergeben, der jetzt und in Zukunft jede starke chinesische Regierung und damit die Wiederherstellung der Ordnung und ihre Aufrechterhaltung unmöglich machen würde. Man wird auch die Frage, aus welchen Elementen die höchste Spitze der chinesischen Regierung besteht, sine ira et studio betrachten und vermeiden müssen, zu den vorhandenen Schwierigkeiten neue, nicht in der Sache selbst begründete zu schaffen.“

Die Haltung Frankreichs.

Das „New York Journal“ veröffentlicht eine Unterredung seines Pariser Vertreters mit Minister Delcassé. Derselbe erklärt, der französische Gesandte in Peking werde ersucht, über die dortige Lage zu berichten. Wenn der Bericht unklar sei, werde der Bericht dann von dem französischen Gesandten vorgetragen, dann werden wir uns über die Frage der Fortdauer der Besetzung Peking's schlüssig machen. Alle Mächte haben sich über die allgemeine Politik verständigt, und Meinungsverschiedenheit besteht nur betreffs der Zweckmäßigkeit, die Truppen in Peking zu lassen. Der Fall ist parallel mit dem Aretas. Es sind Gründe vorhanden, daß die verbündeten Truppen bleiben sollten bis zur Lösung der Friedensfrage, aber Rußland dürfte sich zurückziehen, nötigenfalls allein. Frankreich ist in völliger Uebereinstimmung mit Rußland über unsere allgemeine Politik. Unsere Beziehungen mit Rußland waren niemals herzlich. Ich glaube, eine Teilung Chinas ist sehr fern. Die Handelswelt in Europa und Amerika wünscht nur die „offene Thür“, nicht die Teilung. Hinsichtlich des Abzugs der Truppen dürfte eine Einigung der Mächte binnen Wochenfrist erzielt werden.

In Peking und Pechili.

Aus Peking wird gemeldet: Tschungli, der Militärkommandant von Peking, der für die Ermordung des deutschen Gesandten verantwortlich ist, wurde heute verhaftet und unter deutsche Bewachung gestellt. Die Zerstörung in Peking ist ungeheuer groß, sie ist teils durch Boxer und chinesische reguläre Truppen, teils durch die Geschosse der verbündeten entstanden.

Von der asiatischen Nachrichten-Expedition des Deutschen Flotten-Vereins ist folgendes Telegramm eingetroffen:

„Gewaltige Truppen haben die Befestigungen von Tsingtau in der Nähe von Taku angegriffen. Die Verluste sollen erheblich sein.“

Der zweite Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders meldet aus Taku vom 10.:

„Der Dampfer „Batavia“ ist am 9. vormittags eingetroffen. Mit der Auslieferung zweier Compagnien ist sofort begonnen, ein Bataillon ist in der Nacht gelandet. Kapitan Pohl ist in Tientsin eingetroffen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. September.

Verheimlichtes Sunnentum.

Die bisher bekannt gewordenen Mitteilungen über die Sunnenarbeit unserer Chinalämpfer in Ostasien scheinen unserer Regierung denn doch sehr unangenehm zu sein. Sie sucht weitere Mitteilungen zu verhindern. Den Soldaten des jetzt aus China eingetroffenen Transports ist unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß die Entgegenhandlung als Nichtbefolgung eines gegebenen Dienstbefehls betrachtet würde, befohlen, in keiner Weise und gegen keine Personen sich über das in China Gesehene oder Bekanntgewordene irgendwie auszulassen.

Die Sunnentätigkeit muß doch das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen können.

Centrum und Verfassung.

Die Ausschaltung der Reichstagsrechte, dieser erste Erfolg der Weltpolitik, wird vornehmlich dem Centrum verdankt. Nicht nur hat das Centrum seit Jahren seine ausschlaggebende Stellung im Reichstag auf die Preisgabe elementarer Rechte der Volksvertretung verwendet, es hat auch durch sein selbes Verhalten in den letzten Monaten des Chinazugs der Regierung erst den Mut eingeblasen, die Volksvertretung als Luft anzusehen. Auf der großen Heerschau des Dunkelmännertums in Bonn ist die brennendste Frage der deutschen Gegenwart nicht mit einem Wort erwähnt worden. Auch auf die wiederholte Anfrage, ob die Meldung richtig sei, daß die Regierung sich bei den Führern der Mehrheitsparteien des Reichstags der Billigung der Reichsübernahme des Parlaments vergewissert habe, ist bis heute noch keine Antwort erfolgt.

Dagegen liegt jetzt eine neue Keimherd des führenden Organs des rheinischen Centrums vor, welche die Leichtfertigkeit, mit der das Centrum den Verrat der Volksrechte betreibt, offenbart. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt:

„Den Reichstag im Juli einzuberufen, wäre richtig gewesen, wenn die Reichsregierung ihre Stellungnahme in der Chinafrage von seinem Votum hätte abhängig machen oder wenigstens beeinflussen lassen wollen. Wir sind aber der Ansicht, daß das keineswegs die Meinung der leitenden Stelle war, hier wollte man auf jeden Fall nach eigenem Ermessen vorgehen, und der Reichstag wäre nicht in der Lage gewesen, das zu verhindern. Den Reichstag aber einzuberufen, um einen diplomatischen Vortrag über die Weltlage anzuhören und sich jeglicher Initiative zu begeben, entspricht der Würde dieser Körperschaft nicht. Die Regierung wollte auf Grund ihrer eigenen Ansicht handeln. Wir waren der Meinung, daß man der Regierung freie Hand lassen sollte, da sie offenbar die Absicht hatte, alles selbstständig zu arrangieren, aber ihre alleinige Verantwortlichkeit haben wir auch sofort betont. Dagegen stimmen wir der Ansicht durchaus bei, daß die Einberufung des Reichstags zu einer ordentlichen Tagung am Platze ist; an Material für die Beratungen wird es ja nicht fehlen. Eine Einberufung auf bloß acht Tage im Spätherbst würde einen sonderbaren Eindruck machen; in diesem Fall hätte man auch nicht so lange zu warten brauchen.“

Das ist eine wahrhaft lässliche Deutung der Rechte und Pflichten des Reichsparlaments seitens eines Blatts, das sich besonders eifriger Wahrung der Volksrechte zu rühmen pflegt und das im Ansehen steht, den demokratischen Flügel des Centrums zu vertreten. Da die Regierung, offenbar die Absicht hatte, alles selbstständig zu arrangieren, so sei ihr alles überlassen! Mag die Regierung Krieg führen, mag sie zahllose Millionen verpulvern, mag sie neue Truppenteile aufstellen, mag sie sich an die Spitze einer ebenso unabweisbaren wie unfruchtbareren Weltpolitik stellen — die Regierung hatte die Absicht, und damit war nicht nur das Recht der Mitbestimmung, sondern die Pflicht des Reichstags erloschen, sein Teil an der Verantwortlichkeit für den Gang der Reichspolitik zu tragen.

Der Reichstag konnte doch nichts verhindern, meint die absonderliche Hüterin der Reichstagsrechte. Er konnte nicht? Er konnte nicht nur dem operettendüsteren Aufzug des Chinazugs vorbeugen, er konnte die übermächtigen Truppenentwendungen, er konnte die überflüssige Führerrolle Deutschlands verhindern. Es konnte alles verhindern, was zu verhindern er gegenüber den Heißspornen der Weltpolitik den Mut besaß.

Allerdings hat das Centrum in der Entschädigung seiner eigenen parlamentarischen Rechte Anspruch auf mildernde Umstände. Das Centrum hatte das Welteroberungs-Unwesen aufzuheben lassen und nun schenkt es die Verantwortlichkeit für die Folgen seiner heillosen Politik. Es versucht seiner Verantwortlichkeit feig zu entfliehen, indem es freiwillig der Regierung die „alleinige Verantwort-

lichkeit“ übergibt. Kommen wir mit einem klaren Auge aus der China-Affaire, so hat das Centrum patriotisch der Regierung nichts in den Weg gelegt. Geht die Sache schief, so wäscht es seine Hände in Unschuld. Daß dabei der Absolutismus die Verfassungsrechte des deutschen Volks verächtlich, was kümmert es die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“!

Nochmals die Kohlenfrage.

Obwohl die Blätter der Kohlenkapitalisten und Kohlenmarkt-Interessenten mit einer verdächtigen Hast über die Kohlennotfrage hinwegzukommen suchen, um die kapitalistischen Bucherer, die gegenwärtig die Konsumentenmasse in unerhörter Weise ausplündern, der öffentlichen Belichtung zu entziehen, geht die Debatte in der Presse weiter. Es ist dies auch um so notwendiger, als die „schleunige Hilfeleistung“ des Staatsministeriums: Einführung des Kohlstofftarifs für ausländische Kohle, absolut nichts an der schlimmen Lage der Dinge ändert. Die Börse hat diese „Rettung der Konsumenten“ mit heiterer Gelassenheit ausgenommen, denn woher soll die ausländische Kohle kommen? In Amerika, dessen Kohlenüberschuß vielleicht die einzige Hilfe bringen könnte, sind eben kapitalistische Drahtzieher an der Arbeit, die Grubenarbeiter in einen Streik zu zwingen. Man schlägt zwei Fliegen mit einer Klappe, indes man die Arbeiter noch mehr unterdrückt und gleichzeitig die Kohlenpreise hinaufreibt. Der Montanmarkt hat denn auch sofort verständnisvoll mit einer festeren Gesamtstimung geantwortet. Was sonst vom Ausland an Kohle abgegeben werden kann, wird über die deutschen Seehäfen nicht weit hinaus kommen, und so groß ist gegenwärtig der Bedarf der Marine, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat jetzt am Dortmunder Kanalhafen einen großen Lagerplatz einrichten läßt, um die Beförderung der heimischen Kohlen sendungen nach den Seehäfen, insbesondere für die Marineverwaltung, zu erleichtern. Der heimische Markt mag zusehen, wie er zurecht kommt, und so ist es denn auch kein Wunder, daß bereits für die nächsten Tage eine Erhöhung der oberschlesischen Kohlenpreise angekündigt ist. Es ist der reine Hohn auf die Beschwichtigungsversuche des Ministeriums und auf seine uns schon zur Burleske gewordene „Hilfeleistung“! Wollte man eine wirkliche Hilfe bringen, dann dürfte man nicht mit väterlicher Schonung an dem Syndikat vorbeigehen. Wie bei jeder Getreidepreiserhöhung unsere agrarischen Brotwinzer die Aufmerksamkeit vom Getreidezoll abzulenken suchen durch den Hinweis auf die Getreidebörse, so verdrängen sich heute die Syndikatskapitalisten hinter den Großhändlerfirmen Wolheim und Heibeländer. Wir haben keine Ursache, die Spekulation nicht zu belämpfen, aber der wahre Schuldige ist das Syndikat und die Syndikatsgelenken mit ihrer langjährigen Minderförderung und systematischen Vernichtung der Kohle vom Markt. Jetzt trösten sie die Konsumentenmasse mit der beginnenden Verschlechterung der Konjunktur, die Arbeitermassen in der Industrie frei und für die Förderung der Beiden verfügbar machen werde. Wohl ist es wahr, daß die wirtschaftliche Verschlechterung, auf die der „Vorwärts“ ja am ehesten und nachdrücklichsten hingewiesen hat, jetzt bereits soweit fortgeschritten ist, daß große Werke der Eisenindustrie, wie die Dortmunder Union, das Eisen- und Stahlwerk Hösch, der Hörder Bergwerks- und Hüttenverein nicht mehr voll beschäftigt sind und Feierschichten einlegen mußten, daß sie in einzelnen Zweigen nur noch vier Tage in der Woche arbeiten. Indessen findet das Syndikat für den Ausfall Ersatz in den vermehrten Lieferungen für die Marine und es wird ihm nicht einfallen, durch Mehrförderung den Preis zu drücken. Die deutschen Kohlenkonsumenten, vor allen Dingen die Massen der kleinen Verbraucher der Arbeiterklasse sind völlig wehrlos der Ausplünderung der Syndikatskapitalisten überliefert, die seit zwei Jahren schmunzelnd die Profite einstreichen, die sie seit langer Zeit vorbereitet haben. Die Kohlenfrage scheint in diesem Winter zur schlimmsten wirtschaftlichen Katastrophe zu werden. Die Debatte sollte daher nicht von der Tagesordnung verschwinden. Vielleicht ist mit der Verschlimmerung der Lage die Entrüstung und Empörung der Öffentlichkeit stark genug, um schließlich doch zu energischen Maßnahmen gegen das wüste und gemeingefährliche Treiben der Kohlenprogen zu zwingen.

Deutsches Reich.

Weltpolitische Kohlenstationen.

Die Verkündigung Jehobas: „Und macht sie (die Erde) Euch unterthan“, gedenkt jetzt das Moskoffblatt weltpolitisch zu verwirklichen. Es deckt die Säumnisse nicht genügend weltpolitischen Regierung also auf:

„Der Mangel deutscher überseeischer Kohlenstationen hat sich noch niemals in solchem Maße fühlbar gemacht wie angesichts der Ereignisse in China. Nicht allein die starke Beteiligung des Deutschen Reichs an der Pacification Chinas, sondern auch die durch die fehlenden Kohlendepots im Ausland bedingten ausgedehnten Transportwege der Kohlendampfer erhöhen die Kosten der Expedition sehr erheblich. Die Begleitung der Kriegs- und Transportschiffe von Kohlendampfern wirkt stets lähmend und hemmend auf maritime Aktionen. Nur deiläufig sei erwähnt, daß die Kohlenübernahme der Andree des Prinzen Heinrich nach China Hindernisse bereite. Einmaliger machte sich der Mangel an deutschen Kohlenplätzen während des panischen amerikanischen Kriegs geltend, wo die Mißstände in der Kohlenversorgung die Rettung unserer Landbesete erschwerten und die Tüchtigkeit des Kreuzers „Geier“ lähmten. Am argsten leidet die China-Expedition durch diese Mängel. Die Kohle ist eben das Lebenselement der Kriegsschiffe. Die Einrichtung von Kohlenstationen erhöht die Leistungsfähigkeit, denn sie steigert die Fahrgeschwindigkeit. Unsere Linienschiffe würden für die Ausreise nicht 60 Tage gebraucht haben, wenn unterwegs die Ergänzung der Kohlenbestände auf deutschen Stationen möglich gewesen wäre. Ramentlich für unsere älteren Schiffe, die bei geringerer Aktionsfähigkeit in Auslande gut verwendbar sind, ist die Anlage bester Kohlendepots eine Notwendigkeit. Unsere Marineverwaltung hat die ersten Anfänge in Klaustrich und Dar-es-Salaam gemacht. Das dies nicht genügt, wird jeder einräumen, der nicht mit den so famos bekannten Schlagwörtern die für Deutschland notwendige Weltpolitik verwirrt.“

Dem Liberalismus des „Berl. Tagebl.“ geht die deutsche Weltpolitik in zu langsamem Tempo. Allenhalten auf dem Erdball sollen Kohlenstationen errichtet werden. Diese Kohlenstationen bedürfen aber starker Befestigungen. Außerdem wird es nötig sein — das „Berl. Tagebl.“ bei diesen Hinweisen wohl nie vergesse, — den Kohlenstationen hinreichenden Schutz durch Kreuzer oder Kanonenboote zu gewähren.

Kohlenstationen hätten die Kosten der China-Expedition vermindert, sagt das „V. Z.“ — doch was kosten die Kohlenstationen?

mit Zubehör? Die eine „Kohlenstation“ Klaußhou kommt schon ziemlich teuer zu stehen.

Die Westpolitik soll aber für Deutschland nötig sein. Warum? Haben wir so viele Millionen übrig zu nutzloser Verschwendung? Wahrscheinlich jedoch ist die Westpolitik nötig, auf daß die staatsrechtlichen Fähigkeiten und monarchischen Inerentweibheiten des Reiches-Liberalismus hell erstrahlen. Wenn die Westpolitik nicht auf diese Art etwas einbringen könnte, müßte man ja am erprobten Geschäftssinn des „Verl. Tagebl.“ verzweifeln. —

Noch etwas zum Vornmer Katholikentag. Der Katholikentag hat abgeschlossen mit der Annahme von rund fünfzig Beschlüssen, die sich zu ziemlich auf alle Gebiete des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens erstrecken. Dieses halbe Hundert von Anträgen und Resolutionen ist verarbeitet worden in vier „geschlossenen Generalversammlungen“, die jede anderthalb bis zwei Stunden, im ganzen etwa sieben Stunden dauerten. Auf jeden Antrag kommt also eine Zeit von acht bis neun Minuten. In dieser Zeit wird der Antrag oder die Resolution gestellt, debattiert — oder auch nicht — und beschlossen, letzteres meist einstimmig. Wer ist da nicht überzeugt, daß es die Herren vom Katholikentag mit ihrer Aufgabe, die wankende Welt wieder ins Lot zu bringen, ungewiss erntet?

Mitglied des Katholikentags wird, wer einen Betrag von 7,50 M. zahlt. Nicht die gewählten Vertreter des katholischen Volks treten hier zusammen, sondern die zahlungsfähigen Männer, die sich das Recht, in Resolutionen über die Geschehnisse der Welt zu befinden, kraft ihres Geldbetrags erwerben können. Nur diese vollständigen Mitglieder haben Zutritt zu den geschlossenen Versammlungen und das Recht, an der Debatte und den Abstimmungen teilzunehmen. Die Mitglieder der Katholikentage bestehen zu zwei Dritteln aus Geistlichen, danach sind die Juristen stark vertreten, der Adel spielt eine große Rolle, die übrigen sind Angehörige bürgerlicher Berufe. Arbeiter finden sich nicht darunter. Es ist immerhin interessant zu wissen, daß die Leitung des Katholikentags und der Vorsteh der Ausschüsse bestand aus vier Grafen, einem Reichsrat, drei Geistlichen und vier Rechtsanwältinnen — eine etwas eigenartige Vertretung des katholischen Volks, das zu drei Vierteln aus Arbeitern und Kleinbürgern besteht. Und ebenso interessant ist es, daß im Vorstand des Volksvereins für das katholische Deutschland sitzen 4 Grafen, 14 Geistliche, 8 Juristen und 9 Angehörige bürgerlicher Berufe. Man sieht sich in den Organisationen des Genusses, das sich eine Volkspartei nennt, vergebens nach Arbeitern um. —

Neuige Länder. Die „Reinisch-Westf. Zeitung“ hatte jüngst schroffe Artikel an den Begleiterscheitungen des Chinazugs gefügt. Jetzt leidet das Blatt, nach einigen hilflosen Errede von publizistischer Pflicht, der es gefolgt, also demütige Abbitte: „Auf jeden Fall muß das Reich nun doppelt stark für kraftvolle Vertretung seiner Macht in Ostasien sorgen. Wenigen 20 000 Mann heute nicht mehr, so bleibt nicht andres übrig, als 40 000 Mann zu schicken. Deutschland muß nunmehr so stark in China auftreten, daß es auch allein seine Rolle in China gegenüber ehrenvoll zu Ende führen kann. Was immer geschehen sein mag, die Reichsregierung wird alle nationalen Strömungen auch in Zukunft hinter sich haben, wenn es sich darum handelt, die Ehre des Reichs aufrecht zu erhalten und unsere Interessen zu verteidigen.“ Da muß den tapferen Kritiker der „Reinisch-Westfälischen Zeitung“ böse auf die Finger geklopft worden sein, daß ihre Feder plötzlich so ganz anders schreibt. —

Agarische Patrioten. In der Uckermark werden Truppen-„Kriegsmäßig“ d. h. ohne vorherige Anmeldung einquartiert. Die „Deutsche Tagesztg.“ bemerkt zu dieser Sachlage: „Jedenfalls bedauern diese durchaus nicht angemeldeten plötzlichen Ueberfälle der Einquartierung eine starke Unmutung an die ohnehin geplagte und überlastete Landwirtschaft. Man wird auch darüber im Reichstage sich mit dem Herrn Kriegsminister auseinandersetzen müssen.“ Gewiß bringt das Einquartierungswesen mancherlei Last. Aber daß die Vaterpatrioten um Dertel mit einmal einige Unbequemlichkeiten „im Dienst des Vaterlands“ ertragen mögen! —

Mordkultureller Fortschritt. Es wird berichtet: „Seit Mitte Mai d. J. haben folgende Truppenteile Maschinengewehre erhalten: das Garde-Jägerbataillon, die Ostpreussischen Jägerbataillone Nr. 1, 8 und 10, sowie die Infanterieregimenter Nr. 45 in Eylau und Nr. 140 in Sensburg. Im Juli d. J. sind mit Batterien von Maschinengewehren ausgerüstet worden: das Garde-Schützenbataillon, das Pommerische Jägerbataillon Nr. 2, das Brandenburgische Jägerbataillon Nr. 3, das Magdeburgische Jägerbataillon Nr. 4 und die Schlesischen Jägerbataillone Nr. 5 und 6. Eine Batterie zählt 48 Millimeter-Maschinengewehre; zu den Batterien sind Artilleriedespandanten vorläufig nur abkommandiert worden, die aber später etatsmäßig werden sollen. Ein in einer Feldblatete liegendes Maschinengewehr ist mit vier Zupferden bespannt, die jedoch nur zum Transport des Gewehrs dienen. In der Feuerstellung werden die Gewehre durch Leute getragen oder geschleift und ruhen dann auf einem besonderen Gestell, das mit Panzerschilden versehen ist. Die Offiziere der Infanterie und Jäger kommandieren die Batterien.“ —

Deutsche Agitation. Die „Goslarische Zeitung“ zu Goslar am Harz, enthält in ihrer Nummer vom 8. September folgendes Inserat: „Anforderung an alle treuen Hannoveraner und Braunschweiger. Der Unterzeichnete beabsichtigt, in den kommenden Herbstferien Vorlesungen in der Geschichte des hannoverschen-braunschweigischen Volks zu halten. Alle Väter und Mütter, denen daran gelegen ist, daß ihre Kinder wahrheitsgetreue, vaterländische Geschichte kennen lernen sollen, welche denselben in der Schule nicht gelehrt wird, mögen mir hierauf bezügliche Anmeldungen zugehen lassen. Der Geschichtsunterricht ist kostenfrei. Mit hannoversch-braunschweigischem Freugruß! Dr. phil. Ernst R. Arndt.“

Auch in Preußen würde eine „wahrheitsgetreue vaterländische Geschichte“ in vielen Punkten sehr abweichen von der patriotisch-höhenzollerisch zugespitzten Geschichtsdarstellung in den hohen und niederen Schulen. —

Zu der Typhus-Epidemie in rheinischen Infanterie-Regimentern wird uns geschrieben: Nachdem in Lothar bereits drei der vom Typhus befallenen Soldaten starben, ist nun auch im 16. Infanterie-Regiment in Mülheim am Rhein der dritte Todesfall zu verzeichnen. In der letzteren Stadt schwelbt noch ein Soldat und ein Offizier in Lebensgefahr, während man zu Befürchtungen für das Leben der übrigen sechzig Mülheimer typhuskranken Soldaten keinen Anlaß zu haben glaubt. Es steht so fest, daß die Seuche auf dem Schicksalsspiel Essenborn entstanden ist; aber die Ursache oder ist die Deutlichkeit immer noch im Dunkeln. Die „Rhein-Westfäl. Zeitung“ schreibt dieser Tage, daß die Militärverwaltung in Lothar den Stand der Seuche sorgfältig geheim halte, wodurch die Berichterstattung über die Epidemie, worauf das Publikum mit Recht Anspruch erhebt, außerordentlich erschwert sei. —

Lohnbücher und Arbeitszettel. Ueber die neue Gesetzesvorlage betreffend die Einrichtung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln begegnet man jetzt in der Presse meistens kritischen Auffassungen im Publikum zu verbreiten gelangt sind. So finden wir die Angabe, daß vom 1. Oktober ab für die Konfektionsbranche Lohnbücher und Arbeitszettel eingeführt werden müssen. Das ist durchaus nicht der Fall. Die am 1. Oktober in Kraft tretende Novelle zur Gewerbeordnung bestimmt nur Artikel 8 des Gesetzes vom 30. Juni 1900, daß der Bundesrat für bestimmte Gewerbe Lohnbücher und Arbeitszettel vorschreiben kann. Eine solche Vorschrift konnte der Bundesrat bisher noch nicht erlassen, weil ihm das Recht dazu erst vom

1. Oktober an zusteht. Sie könnte demnach frühestens am 1. Oktober erlassen werden und von da bis zum Tage der Einführung dieser Bücher und Zettel müßte immer noch einige Zeit vergehen, da für deren Beschaffung bestimmte Grundfälle aufgestellt sind. Es müßte Zeit gelassen werden, die Bücher heranzustellen.

Also weder für die Konfektion noch für sonst ein Gewerbe werden am 1. Oktober Lohnbücher oder Arbeitszettel eingeführt. Dagegen tritt am 1. Oktober eine Bestimmung in Kraft, die nicht auf bestimmte Gewerbe, wohl aber auf bestimmte Gewerbe und bestimmte Arbeiterkategorien beschränkt ist. Die nach Artikel 8 zutreffende Bundesrats-Vorordnung gilt für alle Arbeiter des betreffenden Gewerbes ohne Ausnahme, nach Artikel 11 (Gesetz vom 30. Juni 1900) sind dagegen vom 1. Oktober an ohne weiteres für alle minderjährigen Fabrikarbeiter Lohnzahlungsbücher einzuführen.

Das Lohnzahlungsbuch hat der Unternehmer auf seine Kosten zu beschaffen. Bei jeder Lohnzahlung ist der Betrag des verdienten Lohns in das Buch einzutragen; es ist bei der Lohnzahlung dem Arbeiter oder seinem gesetzlichen Vertreter auszuhandigen und von diesen vor der nächsten Lohnzahlung zurückzugeben.

Die Eintragung von Merkmalen usw. in das Lohnzahlungsbuch ist ebenso verboten und strafbar, wie derartige Eintragungen und Kennzeichnungen in das Arbeitsbuch.

Besondere Vorschriften über die Einrichtungen des Buchs bestehen nicht. Nur muß es, wie das Arbeitsbuch, Namen, Geburtsort und Geburtsort des Arbeiters, Namen und Wohnort seines Vaters oder Vormunds und die Unterschrift des Arbeiters enthalten. Die Ausfertigung des Buchs erfolgt unter Siegel und Unterschrift der Behörde. Alle Eintragungen sind mit Tinte zu betreiben.

Protest der Bergarbeiter gegen die Kohlenmonopole.

Aus Essen wird uns gemeldet: Am Sonntag, den 9. September, fand hier in der Rothenburg eine von Mitgliedern beider Gewerkschaften stark besetzte Bergarbeiter-Versammlung statt, welche nach einem Vortrag O. Spieß über die Pläne der Grubenbesitzer und das Lohndrückerartell folgende Resolution annahm:

„Die heutige Versammlung von Bergleuten des Essener Bezirkes protestiert entschieden gegen die unwahre Behauptung der Bergpresse, die wucherischen Kohlenpreise seien den hohen und immer höher steigenden Löhnen der Arbeiter geschuldet. Hätte die thatsächlich stattgefundenen Lohnsteigerungen als Maßstab für die Preisstellung der Kohlen gedient, so würde das deutsche Volk nicht zu klagen haben über den Kohlenwucher. Wir konstatieren, daß z. B. die am 1. April d. J. eingetretene Kohlenpreiserhöhung um eine Mark per Tonne keinen Einfluss auf unseren Lohn hatte, auch nicht durch unsere „Begehrtheit“ verschuldet ist. Eine direkte Lohnerhöhung ist in diesem Jahr überhaupt nicht eingetreten; einzelne Lohnaufbesserungen können gar nicht in Frage kommen, da ihnen ebenso viele Lohnreduzierungen entgegen stehen. Wer wissen will, wie die hohen Kohlenpreise zu gute kommen, der sehe sich die Gewinnziffern der Werke an. In dem wir gegen eine Herabsetzung des Bergarbeiterstandes in der öffentlichen Meinung lebhaft protestieren, fordern wir auch dringend die Kameraden auf, sich geschlossen den bestehenden gewerkschaftlichen Bergarbeiter-Verbänden anzuschließen, da nur eine starke Arbeiterorganisation im Stande ist, dem drohenden Lohndrückerartell wie auch überhaupt einer Ausbeutung des Bergarbeiters und des Publikums durch die Kohlenherren erfolgreich entgegenzutreten.“

Kunst-Anarchistenkonferenz. Nach einer Mitteilung der „Post“ aus Rom ist die Nachricht, die italienische Regierung habe bei den übrigen Regierungen eine neue Konferenz zur Bekämpfung des Anarchismus angeregt, unrichtig. —

Ausland.

Norwegen.

Die Wahlen. Christiania, 10. September. Nach dem Ergebnis der heute beendeten Wahlen ist das künftige Storting wie folgt zusammengesetzt: 77 Mitglieder der Linken und 37 Mitglieder der Rechten und Gemäßigten. Das vorige Storting wies 79 Mitglieder der Linken und 35 Mitglieder der Rechten und Gemäßigten auf. Die Rechte hat also einen Zuwachs von zwei Sitzen zu verzeichnen. —

Rußland.

Von der russischen Industrie. Auf die Initiative des Verkehrsministeriums hin wurde am Sonntag auf der Station Medkino der Nicolaibahn der Grundstein zu der ersten Torfkolkfiederei in Rußland gelegt. Die Fabrik wird nach dem Muster der Torfkolkfiederei in Oldenburg angelegt und soll bei der allgemeinen Vertierung der Holzsohle wohlfeiles und gutes Heizmaterial liefern, einen neuen russischen Industriezweig begründen und wertvolle chemische Produkte erzeugen.

Afrika.

Vom Boerenkrieg.

Aus Bieternmariburg wird berichtet, daß es den Boeren gelang, durch Zerstörung einer Brücke im Süden des Bahnhofes von Alpriver einen Eisenbahnzug in der Nacht abzufangen. Lord Roberts hat inzwischen sein Hauptquartier von Belsait nach Pretoria verlegt, wo auch die Bestrebungen weitergeführt werden, die Verwaltung des Landes in die Hand zu nehmen. So wird aus Pretoria vom 9. d. M. gemeldet, daß General Baden-Powell zum Chef der Polizei in Transvaal ernannt wurde. Der „Daily Telegraph“ fährt fort, Artikel über die niederländische Transvaal-Eisenbahn zu veröffentlichen. Das Blatt scheint beweisen zu wollen, daß die Leiter dieser Eisenbahn einen solchen Anteil an dem Artee genommen haben, daß die englische Regierung berechtigt sei, ihr Eigentum zu beschlagnahmen. —

Partei-Nachrichten.

Eine Parteikonferenz für Westpreußen tagte am vergangenen Sonntag in Elbing. Anwesend waren 13 Delegierte, Vertreter der Königsberger Parteipresse und der Vertrauensmann für Westpreußen. Aus den Berichten der Parteigenossen über den Stand der Bewegung klingt allgemein die Klage, daß es an unabhängigen, für die Partei wirkenden Leuten mangelt. Die Bewegung mache auf dem Lande nur schwache Fortschritte, dagegen in den Städten Danzig und Elbing ein günstigeres Resultat zu verzeichnen. Vor allem wünschte man, daß die Königsberger „Volkstribüne“ täglich erscheine, der gegenwärtige Zustand, daß für Ost- und Westpreußen nur ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt vorhanden ist, sei unzulässig. Roste, der Redacteur des Königsberger Parteiorgans, gab die Erklärung ab, daß die gewünschte Aenderung im nächsten Jahre eintreten werde.

Ein alter Revolutionär. Dr. Ernst Schmidt, ist in Chicago im vorigen Monat zur letzten Ruhe bestattet worden. Der Verstorbene hatte ein bewegtes politisches Leben hinter sich. Im Jahre 1829 zu Ebern in Bayern geboren, hatte er schon als 18jähriger Jüngling im Jahre 1848 auf der Universität Würzburg sich an der politischen Bewegung jener Zeit regen beteiligt. Nachdem die Volkserhebung in Baden niedergeschlagen war, war er als Mitglied des revolutionären Volksausschusses für Kranke benötigt, nach der Schweiz zu flüchten. Später, nachdem die Amnestie erlassen war, beendete er dann in Würzburg seine medizinischen Studien. Nachdem er in Würzburg einige Jahre als Arzt gewirkt hatte, mögen ihn wohl die damaligen politischen Verhältnisse in Deutschland so angezogen haben, daß er beschloß, nach Amerika auszuwandern, wo er sich dann im Jahre 1856 in Chicago niederließ. Hier fand er rasch eine große Praxis, bebielt aber Zeit, voll Eifer in die abolitionistische Bewegung einzupringen und war ein eifriger öffentlicher Redner und Agitator. Durch seine Gedächtnisrede zu Ehren von

John Brown machte er sich demnach unbeliebt beim zahlungsfähigen Publikum, daß er sich halb gezwungen sah, nach St. Louis überzusiedeln, wo ihm eine Stelle an einem medizinischen Kolleg angeboten wurde, welches inländische Kräfte dort gesammelt hatten. In St. Louis besand sich Dr. Schmidt auch noch beim Ausbruch des Bürgerkriegs. Er schloß sich damals dem 3. Missourier Freiwilligen-Regiment an, zu dessen Chefarzt er gewählt wurde.

Sein Feldzug zurückgekehrt ging er wieder nach Chicago. Im Jahre 1868 fuhr er mit Frau und Kind besuchswise nach Deutschland und kam gerade recht, die Cholera bekämpfen zu helfen, an der er selbst erkrankte. Nach seiner Wiederherstellung wurde ihm drüben von der Regierung angeboten, unter Berechnung der Jahre seines Aufenthalts im Auslande wieder in den Universitätsdienst zu treten. Nach einigen Bedenken lehnte er das Anerbieten ab, lehnte aber nach Chicago zurück. Hier widmete er sich mit neuem Eifer der Praxis, ließ aber auch die Politik nicht aus dem Auge und wurde im Jahre 1879 von den Socialisten als Mayors-Kandidat nominiert. Er erhielt 12 000 von 50 000 Stimmen.

Allzu nahm er an der Parteibewegung in dem letzten Jahrzehnt nicht mehr teil, das Alter hatte ihm die nötige Zurückhaltung auferlegt.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnbewegung der Buchbinder.

Die Ausperrung der Berliner Buchbinder umfaßt gegenwärtig 31 Werkstätten und beläuft sich die Zahl der Ausgesperrten auf ungefähr 800 Arbeiter und Arbeiterinnen. Es sind das die Betriebe, die dem Verband der deutschen Buchbinderbesitzer angehören, von dem die Ausperrung der Arbeiter verhängt ist.

Die Forderungen der Arbeiter, die am Montag allen Buchbinderbesitzern unterbreitet sind, sind bisher in fünf Betrieben anerkannt. Erst in der nächsten Woche würde der Ausstand der Arbeiter in den Betrieben eintreten, die überhaupt die Forderungen nicht anerkennen.

Die Ausgesperrten haben in einigen Polizeibereichen unter einer überaus scharfen Anordnung der Polizeibeamten zu leiden. Trotzdem wiederholt vor Gericht in letzter Zeit Freisprechungen erfolgt sind, verhängen die Polizeibeamten wiederum, daß keiner von den beteiligten Arbeitern in den Straßen entlassen geht, wo sich Buchbinder-Werkstätten befinden. In der Desauerstraße wurde ein Arbeiter von einem Beamten angehalten mit der Anfrage, ob er Buchbinder sei. Auf die bejahende Antwort bedeutete ihm der Beamte, daß, wenn er nochmals die Straße entlang gehe, er verhaftet würde. In der Zimmerstraße wurde eine Arbeiterin, die sich in ein Lokal begeben hatte, verhaftet, weil sie angeblich zweimal die Straße auf- und abgegangen war. Im ganzen sollen 83 Personen verhaftet worden sein. Man sieht, die Berliner Polizei braucht kein Arbeiter Streikpostengesetz. Sie trifft in ihren Anordnungen, was der Räder Senat durch Gesetz festlegen will und erreicht schließlich denselben Zweck. Was nützt es, wenn die Gerichte anderer Meinung sind, in unserm Polizeistaat giebt es keine ausreichende Verantwortlichkeit der Beamten, es steht jedem Polizeibeamten frei, Streikposten zu verhaften wann und wo er es für gut hält. Segen ein solches System ist man schuldig.

In Stuttgart ist in einer gut besuchten Versammlung die Ausperrung gleichfalls mit der Geltendmachung der Forderungen der Leipziger und Berliner Kollegen beantwortet. Zur Annahme gelangte folgende Resolution:

„Die Versammlung erhebt entschieden Protest gegen das Verfahren der Arbeitgeber. Sie sieht in der Ausperrung einen rohen Gewaltakt, der darauf berechnet ist, die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen zu beseitigen und die Arbeiter und Arbeiterinnen zu willenlosen Werkzeugen zu degradieren. Die Versammelten nehmen den ihnen aufgezwungenen Kampf auf und führen ihn unbedeutend um die Folgen für das Gewerbe weiter, die Verantwortung denen zuweisend, die den Kampf heraufbeschworen.“

Die heutige Versammlung beschließt, daß in allen denjenigen Geschäften, in welchen dem Personal bereits gestern gestündigt oder die Kündigung angedroht wurde, von morgen, Montag ab, die Arbeit ruhen gelassen wird. In weiteren beschließt die Versammlung, einen Accordtarif, wie ihn die Kollegenschaft in Leipzig und Berlin der Prinzipalität überreichte, hier gleichfalls den Inhabern von Buchbindereien zur Anerkennung zu unterbreiten.

Die in Arbeit stehenden Kollegen und Kolleginnen verpflichten sich, neben der regelmäßigen Verbandssteuer mindestens 5 Proz. ihres Wochenverdienstes zur Unterstützung der von der Ausperrung betroffenen Arbeiter und Arbeiterinnen abzugeben.“

Berlin und Umgegend.

Die Sperre über die Firma Czarnikow u. Co., Cement-Fabrik, Werderstraße Markt 9, ist durch Vergleich mit der Lohnkommission aufgehoben. Die schnelle Beilegung der Differenzen ist vor allem auch durch das solidarische Eingreifen der italienischen Kollegen gefördert, an deren Verhalten sich einige indifferente Kollegen der Firma ein Muster nehmen können. — Die Lohnkommission der Cementierer.

Achtung, Drecksler! Laut Beschluß der öffentlichen Drecksler-Versammlung sind am Montag, den 10. September, die in der Landstraße beschlagnahmten Drecksler in fast allen in Frage kommenden Betrieben vorstellig geworden und sind den Meistern die von den Arbeitgebern in der Richter-Kommission schon angenommenen Forderungen vorgelegt worden. So weit sich die Situation übersehen läßt, ist die beste Ansicht vorhanden, daß die Forderungen Annahme finden. Es kommen ungefähr 20 Werkstätten in Betracht und sind bis Montagabend 11 Werkstätten als bewilligt gemeldet. In 3 Werkstätten hatten außer den Drecksler auch Tischler, Bildhauer und Stellmacher Forderungen gestellt, die ebenfalls glatt bewilligt wurden. Ferner haben verschiedene Meister, bei denen die Kommission vorstellig wurde, erklärt, daß sie die am Montagabend stattgefundenen Versammlung abwarten wollen, und dann mit ihren Leuten verhandeln wollen.

Kollegen! Mögen auch die Meister mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vorgehen, so müssen wir dennoch auf unserm Standpunkt beharren. Vor allem ist es notwendig, daß auch diejenigen Kollegen, welche bis jetzt versäumt haben, die Forderungen zu stellen, dies in aller Kürze thun. Ebenso alle Angelegenheiten, die den Streit betreffen, auf dem Verbandsbureau, Engel-Allee 15, Zimmer 12, melden. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Der Streik der Lederarbeiter in Mainz. Mit jeder Andauer wird der Kampf von den 450 Arbeitern der Mainzer Lederwerke, die am 14. August die Arbeit einstellten, fortgesetzt. Wie es scheint, ist unter den Berliner Arbeitern dieser Ausstand wenig beachtet worden, denn am Sonntag langten in Mainz 40 Streikbrecher aus Berlin an. Die Angekommenen wurden äußerst höflich behandelt, unter Begleitung der Werkmeister, Direktoren unter Führung des Herrn Kommerzienrath Michel, dem Leiter des Unternehmens, sofort nach der Fabrik geleitet. Hier waren für Arbeiter sofortige Logisräume hergerichtet, so daß sie von jedem Verkehre mit der Außenwelt abgeschlossen wurden. Dennoch gelang es, die Arbeiter sehr bald von der Situation zu verständigen, in der sich die Mainzer Lederarbeiter befinden, und so versuchten mehrere Arbeiter das Arbeitsverhältnis zu lösen. Jedoch entstanden hierbei Schwierigkeiten ganz besonderer Art, da der Fabrikpächter die Arbeiter nicht ohne Widerstreben ziehen lassen wollte. Man ging sogar so weit, die Arbeiter einzuschließen. Zur Arbeit konnte man sie jedoch nicht zwingen, und so protestierten die Eingesperrten aus dem Fenster ihres Logis gegen diese unerbörliche Annahme des Fabrikanten. Der Vorfall selbst löste ein zahlreiches Publikum herbei und wird man abwarten müssen, ob die Polizei diesem Zustand bald ein Ende bereiten wird.

Die Arbeiter sind in Berlin durch ein Inserat im "Sokal-Anzeiger" von einem Agenten Namens Gailo, Große Frankfurterstr. 74 wohnhaft, angeworben.

Judem sind die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik keineswegs verlockend, denn dazu genügt, daß wir die Wünsche der Arbeiter bekanntgeben, die sie vor dem Streik der Fabrikstellung unterbreiteten:

1. Färberei: Die Ventilation ist eine sehr mangelhafte, indem die durch das Kochen der Farben sich entwickelnden Dünste keinen Abzug haben und sich infolge dessen an den Wänden und an den Kleidern der Arbeiter ansetzen.

2. Wäskerei: In diesem Räume fehlt jede Schutzvorrichtung und ist es nur als ein Zufall zu betrachten, daß nicht schon größere Unfälle vorgekommen sind.

3. Wasser-Werkstätten: Das Kochen von Hundstot in diesem Räume ist sehr gesundheitsgefährlich und wäre es wohl möglich, dasselbe an einem andern Orte vorzunehmen.

4. und 5. Maschinenräume Nr. 48 und 61: Treibriemen sowie Zahnräder sind ohne Schutzvorrichtungen.

6. Speiseaal: Es wäre erwünscht, daß dieser Raum, der sich in einem elenderen Zustande befindet, öfters gereinigt wird.

7. Abort: Die Reinlichkeit dabeist ist sehr mangelhaft. Verschleppung von Krankheiten und Ungeziefer könnten die Folge sein.

8. Auszahlung des Lohns: Laut Gesetz müssen die Arbeiterinnen an Vorabenden eines jeden Sonn- und Feiertags um 5 1/2 Uhr den Betrieb verlassen haben.

Da keine Abstellung dieser Mißstände erfolgte, legten die Arbeiter am 14. August die Arbeit nieder und verlangten die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 10 Proz. Lohnzuschlag und die Zurücknahme der Wahregelungen.

Zu irgend welchen beachtlichen Zugeständnissen hat sich bisher die Firma nicht verstanden. Die Vermittlung des Gewerbegerichts wurde von dem Leiter der Firma, Herrn Kommerzienrat Michel, abgelehnt.

Die Diktatur der Scharfmacher. Der in Essen erscheinende "Werkstoff" veröffentlicht folgendes Schriftstück:

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Das Bureau befindet sich Berlin W., Karlsbad 9a, Fernsprecher Amt VI Nr. 2527. Vertraulich!

An die Gruppen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Von dem Gesamtverband des Vereins deutscher Metallindustrieller ist an den Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller das nachstehende Schreiben gerichtet, das wir hiermit unseren Mitgliedern zur Kenntnis bringen:

Unter Bezugnahme auf unsere Rundschreiben p. p. teilen wir zur gef. Orientierung ergebenst mit, daß der auf den zum Verbands der Eisenindustrie Hamburgs gehörenden Schiffswerften ausgebrochene Streik bis jetzt derartige Dimensionen angenommen hat, daß auf einigen Werften nur noch mit Lehrlingen und Solontären und einigen Getreuen gearbeitet wird.

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Der Geschäftsführer: J. A. Düed.

Zum Lohnkampf der Steinseher. Väterliche Blätter verbreiten die auch von einigen Parteiblättern aufgenommene Nachricht, daß der Steinseherstreik in Halle a. S. beendet sei.

Es ist nun selbstverständlich, daß die übrigen Halle'schen Steinsehermeister auf ihre beiden Kollegen Ost und Galle speien. So veröffentlichten mehrere in der "Sozial-Ztg." eine Erklärung, in der sie den beiden Unternehmern, die bewilligt haben, direkt die Absicht des Streikbruchs gegenüber den Steinsehern insinuierten.

In Leipzig sind die Innungsmeister, die erst jede Unterhandlung mit der Lohnkommission der Ausständigen verweigerten, jetzt schon vom hohen Pferd der Unnachgiebigkeit herabgestiegen und haben den Arbeitern ein — allerdings unannehmbares — Angebot gemacht, das die Ausständigen denn auch mit gebührender Heftigkeit einstimmig abgewiesen haben.

Zu den Ausständigen den Erfolg gehabt, die bisherige offene Sympathie der Behörden für das Unternehmertum gehörig zu erschüttern.

Jedenfalls steht fest, daß, wenn die Ausständigen sich noch einige Wochen halten können, dieselben dann als Sieger aus diesem auf beiden Seiten mit der größten Hartnäckigkeit geführten Kampfe hervorgehen werden.

Der Rückgang der Handindustrie im Textilgewerbe am Niederrhein. Nach einer Zählung der Handstühle in Biersen waren noch 198 vorhanden. Dagegen waren im Jahre 1880 noch 3386 im Betrieb.

Arbeiterentlassungen in der Textilindustrie. Im ganzen Rheinland werden die Arbeiter in der Textilindustrie in Massen entlassen. So wurden in Sülzheim, einem kleinen Ort im Kreise Kempen, über 200 Weber entlassen, ohne zu rechnen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Hilfsindustrie.

Traten früher Krifen in Cupen ein, so hatten die Textilarbeiter dort das Recht, sich das für ihren Brennbedarf nötige Holz im Walde zu holen.

Daß diese Krife von den Unternehmern dazu benutzt wird, um "Mache" gegen die Arbeiterorganisationen zu üben, ist selbstverständlich. Und so hört man denn an allen Orten, daß stets die leitenden Personen der Organisationen zuerst aufs Pflaster fliegen.

Lungenheilstätten im Rheinland. Der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum, welcher fast 200 000 Mitglieder zählt, bezieht nun nach langen Vorarbeiten endlich mit der Errichtung einer Lungenheilstätte in Wehringhausen.

Das höchste zulässige Strafmaß wegen Gefangenensbefreiung — drei Jahre Gefängnis — verhängte gestern das Schöffengericht über einen berüchtigten Zuhälter, den Möbelpolierer August Jerael.

Hohe Ausfahrungen eines Lehrers beschäftigten gestern die zweite Ferien-Strafkammer am Landgericht II. Vor dem Schranken stand der Reinsendorfer Gemeindefullehrer Arthur Hamel.

Das man es auch bei Nachtzeit in Berlin an Aufmerksamkeit nicht fehlen lassen darf, lehrte eine Verhandlung, die gestern vor der II. Ferienkammer des Landgerichts II. stattfand.

Ungehörliches Verhalten vor Gericht hatte dem Maurer Richard Schreiber durch schöffengerichtliches Erkenntnis eine Gefängnisstrafe von einem Monat eingetragen.

Unkundenfälschung schuldig gemacht habe. Der Angeklagte sollte wegen Ungehörigkeit vor Gericht in eine sofort zu vollziehende dreitägige Haftstrafe genommen werden, er widersehte sich aber dem Gerichtsdienste und es entstand ein tumultuärer Aufritt.

Im Betriebe von Fabriken dürfen nach § 105 b der Gewerbeordnung Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden. Wegen Vergehens hiergegen war der Fabrikant Schery in erster und zweiter Instanz zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt worden.

Die Lage des französischen Ministeriums. Paris, 11. September. (B. G.) Das Journal des Débats veröffentlicht heute Abend einen Aufsehen erregenden Artikel, wonach das Blatt aus bester Quelle erfahren haben will, das Kabinett Waldeck-Rousseau werde noch vor Eröffnung der neuen Kammer session zurücktreten und einem Konzentrationministerium Platz machen.

Frankfurt a. M., 11. September. (B. G.) Die "Frankfurter Zeitung" meldet aus New York: Die Staatswahl in Maine ergab eine republikanische Mehrheit von 32 000 Stimmen.

Wien, 11. September. (B. Z. B.) Die Wiener Abendpost stellt fest, daß mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse bei den Reichstagswahlen im Jahre 1897 und den bevorstehenden, ferner wegen der Inanspruchnahme der politischen Behörden mit der Volkszählung, endlich wegen der in den Dezember und Januar fallenden katholischen und griechisch-orthodoxen Feiertage, die diesmalige Wahlaktion gegenüber derjenigen von 1897 sich eingetragener verlängere.

Wien, 11. September. (B. G.) Die hiesige kaiserliche Volkspost demontiert das Gerücht von einem angeblich entdeckten Komplott gegen den Sultan.

Wien, 11. September. (B. G.) Der in Mottenmann auf Urlaub befindliche Kadett Lamberger lang in einem Kaffeehaus provozierende slowenische Lieder. Von den Gästen zur Ruhe ermahnt, zog Lamberger sein Seitengewehr und tötete einen unbeteiligten Schuhmachergehilfen.

Bern, 11. September. (B. G.) Der Bundesanwalt forderte sämtliche schweizerischen Polizeiamter auf, den Attentäter Cipido auszuweilen.

Paris, 11. September. (B. Z. B.) Die hier eingetroffenen, zu den französischen Mandobären entbanden deutschen Offiziere Generalmajor v. Arnim, Major v. Hugo und Major v. Heineckes werden heute nachmittag durch den ersten Sekretär der deutschen Volkspost, Legationsrat v. Schölzer dem Minister des Auswärtigen Delcaissé vorgestellt werden.

New York, 11. September. (B. G.) Der vierte Ausbruch des Ausstands der Bergarbeiter dürfte sich nach einer Kabelmeldung des "Paris Nouvelles", noch etwas verzögern, da das Bergarbeiter-Syndikat Anstrengungen macht, um auf gutem Wege die Differenzen beizulegen.

Tafu, 6. September. (B. Z. B.) Eine Expedition wird morgen nach Pootungin abgehen. Sie wird bestehen aus Engländern in Stärke von zwei Regimentern Kavallerie, einer Batterie Artillerie und 300 Mann Infanterie, ferner aus 1000 Italienern, 300 Japanern und 300 oder möglicherweise 500 Russen.

Shanghai, 10. September. (Meinungs-Bureau.) Die Forts von Pootung sind noch unbesetzt. Die Engländer lären in der Umgegend das Terrain auf. Die Russen sollen einen Angriff auf die Forts beabsichtigen, haben aber nicht genügend Artillerie.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Der Kongress der französischen Buchdrucker.

Der achte Kongress der Buchdrucker-Föderation (Fédération du Livre) tagte in Paris in der letzten Augustwoche unter Beteiligung von 127 Delegierten. Auch der französische Lithographenverband, die Buchdruckerverbände der französischen Schweiz und Italiens, sowie das internationale Sekretariat der Buchdrucker waren vertreten.

Der Bericht des Centralkomitees für die letzten fünf Jahre schließt bis Ende 1899 mit einem Kassenbestand von 168.944 Fr. Die Streik-, Reise-Unterstützungs- und Delegationskosten betragen 1899 26.942 Fr. 70 Cent. Seit dem letzten Kongress wurden ausländische Organisationen mit 7100 Fr. und französische Ausländer mit 16.860 Fr. 55 Cts. unterstellt. Außerdem vollerte der Kongress die Erlösung einer Schuld von 4000 Fr. zu Gunsten der Budapestiner Organisation angeht des dortigen Streiks. In der gleichen Sitzung wurden 1000 Fr. für die streikenden französischen Hafenarbeiter einstimmig bewilligt.

Im Verhältnis der Föderation zur Frauenarbeit ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Während die früheren Kongresse die Beschäftigung von Seherinnen selbst zum gleichen Lohn wie die Männer stets verwarf, wurde diesmal nahezu einstimmig ein Wunsch votiert, die Föderation möge die Frauen unter der Bedingung des gleichen Lohns für gleiche Arbeit in ihre Mitte aufnehmen, die Entscheidung über die Beschäftigung von Seherinnen soll in der Abstimmung der Sektionen getroffen werden.

Ueber die Sechsmaschine, die seit einiger Zeit in Frankreich ihren Eingang gehalten, wurden Beschlüsse gefaßt, deren Tendenz dahin geht, die Beschäftigung an der Maschine dem Personal der betreffenden Druckerei vorzubehalten, und zwar unter Verletzung der Arbeitszeit und zu einem entsprechend erhöhten Lohn.

Die Schaffung einer Arbeitslosen- und Krankenkasse wurde mit 116 gegen 4 Stimmen votiert.

Zu Bezug auf Arbeitszeit und Lohn wurde folgendes beschlossen: eine ständige Aktion des Centralkomitees und der Sektion zu Gunsten einer allmählichen Verkürzung der Arbeitszeit, wachsame Einwirkung zum Zweck der Durchführung der Bestimmungen der Arbeiterchutz-Novelle von 1900, betreffs der Nachtarbeit, höhere Vergütung der Leberzeitarbeit, Sicherung eines Tagelohns für die im Stillstand arbeitenden Seher, falls diese gezwungen sind, die ganze Zeit in der Druckerei zu bleiben.

Das Centralkomitee hat energisch für die Veseitigung des Stüllohns zu wirken, sowie für die Verbreitung der diese Lohnmethode befeitigenden sogenannten „Kommanditen-Arbeit“. Letztere besteht in einer Lohngenossenschaft, die den mit dem Unternehmer verabredeten Lohn unter ihre Mitglieder selbstständig verteilt, sowie auch über die Anstellung von Arbeitern selbstständig entscheidet. Die Lohnverteilung erfolgt in den meisten Fällen streng nach dem Grundsatz der Gleichheit, in einigen Druckereien aber wird er nach Maßgabe der Leistungen verteilt, was allerdings dem Stüllohnsystem entspricht. Die Lohngenossenschaft, die in den französischen Druckereien seit 1860 besteht, ist jetzt in sämtlichen Pariser Tageszeitungen eingeführt, sowie in einer Anzahl anderer hauptstädtischer Druckereien, darunter in der Staatsdruckerei. In der Provinz dagegen ist das System noch wenig verbreitet.

Der Kongress beantwortete nach einer lebhaften Debatte das Millerandsche Schlußgesetz, das übrigens auf das Druckerergewerbe sich nicht erstreckt, und verlangte die Aufhebung des Dekrets von 1851, das von den Unternehmern zur Umgehung des Millerandschen Gesetzes benutzt wird. Eine weitere Resolution verlangt die Abschaffung des Gesetzes von 1872 gegen die Internationalen.

Die Kontrollmarke ist fast überall durchgesetzt worden, wo organisierte Buchdrucker arbeiten. Der Kongress beschloß, bei den Gewerkschaften aller Verufe und den Konsum- und Produktionsgenossenschaften für die Verbreitung der Kontrollmarke sowohl in der Buchdruckerei wie auch in allen andern Gewerben zu wirken.

Die Tarifvereinbarung, die 1895 mit dem Verband der Druckereibesitzer getroffen wurde, führte zur verabschiedeten Einsetzung einer „gemischten Kommission“, bestehend aus Vertretern der beiden Verbände. Diese Kommission wurde nun definitiv vom Kongress mit allen gegen drei Stimmen gebilligt. Der permanente Ausschuss der Kommission soll überall Einigungsausschüsse ins Leben rufen, die im Falle eines Konflikts mit den Unternehmern in Thätigkeit zu treten haben, falls die durch das Gesetz von 1892 über die Schiedsgerichte vorgesehene Prozedur zu keinem Resultat führen würde.

Das Lehrlingswesen wurde gemäß einer vorherigen Uebereinkunft mit dem Unternehmerverband wie folgt geregelt: Zugelassen werden nur Kinder nach vollendetem 13. Altersjahre, die ein Primarschul-Zeugnis besitzen (das französische Gesetz setzt selbst für den Fortberuf die Altersgrenze von 13 auf 12 Jahren herab im Falle eines Primarschul-Zeugnisses); es darf nur 1 Lehrling pro 5 Arbeiter beschäftigt werden; die Lehrlingszeit dauert 5 Jahre, wobei der Lehrling das vierte Jahr die Hälfte und das fünfte Jahr zwei Drittel des üblichen Lohnes erhält.

In Bezug auf die Gewerbe-Inspektion wurde eine Resolution angenommen, wonach die von den Gewerkschaften gewählten Arbeiter zu den Prüfungen der Inspektionslandboten zugelassen werden sollen, was eine entsprechende Änderung der bisherigen Prüfungsbedingungen (Kenntnis einer ausländischen Sprache u. dergl.) einschließt.

Die Buchdrucker-Föderation, die im allgemeinen zum gemäßigten Flügel der Gewerkschaften gehört, hat sich stets zum Generalstreik, der von der großen Mehrheit der französischen Gewerkschaften als ein Mittel der sozialen Revolution anerkannt wird, ablehnend verhalten. Nach an ihrem letzten Kongress haben sich nur 5 Delegierte für den Generalstreik erklärt.

Diesmal waren es 26. Aber nach dem principiell ablehnenden Votum wurde mit allen gegen zwei Stimmen das Centralkomitee beauftragt, mit den andern Gewerkschaften sich zu verständigen, um die Organisations des Generalstreiks zu hindern für den Fall der Nichtanwendung des Millerandschen Gesetzes in den vorhergesehenen Fristen (1902 Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10 1/2 und 1904 auf 10 Stunden.)

Hierauf wurde die Reiseunterstützung neu geregelt und einige Statutenänderungen vorgenommen. Danach hat jede Sektion zwar noch wie vor das Recht, einen Delegierten zum Kongress zu entsenden, aber das Stimmrecht der Sektionen soll im Verhältnis zur Mitgliederzahl wie folgt verteilt werden: 1 Stimme bis 100 Mitglieder, 2 von 101 bis 200, 3 von 201 bis 500, 4 von 501 bis 1000 und 5 für mehr als 1000 Mitglieder.

Die Beiträge jeder Sektion an die Föderation wurden auf 2 Fr. 25 Cent. pro Monat und Mitglied festgesetzt.

Von den weiteren Beschlüssen ist noch von Interesse das einstimmige Votum, dem internationalen Buchdrucker-Sekretariat beizutreten, jedoch unter dem Vorbehalt einer Sanction dieses Votums in der Abstimmung. Letztere wurde für notwendig erachtet angesichts der Beitragslast, die der Föderation erwachsen würde, indem sie für ihre ca. 3000 Mitglieder 5560 Franc jährlich an das Sekretariat abzuführen hätte.

Der Vertreter des internationalen Sekretariats machte folgende Angaben über dessen Mitgliederzahl in den einzelnen Ländern: Deutschland 25.000, Oesterreich 8500, Elsass-Lothringen 700, deutsche Schweiz 1500, französische Schweiz 600, italienische Schweiz 80, Belgien 2000, Niederlande 1800, Dänemark 2000, Schweden 2000, Norwegen 1000, Finnland 800, Ungarn 3000, Italien 4000, Verein zu Japan 40, Luxemburg 50, Serbien 40, Rumänien 300, Verein zu Peking 100, Bulgarien 100, Kroatien 180.

Der Innungsvorstand deutscher Bau-Unternehmer

hielt am 10. September in Dresden seinen Delegierten-Tag ab, zu welchem Vertreter aus allen Teilen des Reichs erschienen waren. Nachdem die Herren die Ehre von nicht weniger als drei behördlichen Vertretern — die nie Zeit hatten, wenn sie zu wichtiger Beratung über Arbeiterangelegenheiten von Arbeitern eingeladen wurden — beehrt zu werden, gebührend gewürdigt hatten, traten sie in Verhandlungen ein, die sich stundenlang in gedankloser Einmütigkeit durch die eintönige Interessensphäre der Bauunternehmer hinstreckten. Man berichtete und debattierte über die Entwicklung des Innungsvorstands, den Befähigungsnachweis, Baugewerkschaften, die Organisation des Handwerks, ohne daß irgend etwas Bemerkenswertes aus den schleppenden Verhandlungen zu melden sei.

Die Sicherung der Bauforderungen glaubt man zu erreichen durch Eintragen eines Bauvermerks in die zweite Abteilung des Grundbuchs, für welche zu einem Bau die Bau-Erlaubnis nachgeliefert und erteilt wurde und zwar ist dieselbe vor Ausfertigung des Bau-Erlaubnisbescheides von Amt wegen dahin zu beantragen, daß das Grundbuch im Bau befangen sei, auch mit der Wirkung anzustellen, daß alle Rechtsabhandlungen des einetragenen Eigentümers, welche eine Veräußerung oder Verpfändung des Grundstücks bezw. eine Abtretung der Baugeld-Hypothek betreffen, sowie Zahlungen aus der letzteren den Baugläubigern gegenüber insoweit rechtsunverbindlich bleiben, als sie nicht zur Tilgung fälliger Bauforderungen Verwendung finden.

Der Geschäftsausschuss soll einen Gesetzentwurf ausarbeiten.

Die Verhandlungen über Änderung des Krankenversicherungsgesetzes verdienen schon wegen der hier bemerkbaren Arbeiterfeindschaft Beachtung. Der Referent Architekt Evers aus Hannover leitete seinen Vortrag mit cynischen Bemerkungen über die Sozialreform ein, die den Arbeitgebern nur Kosten auferlegte. Aus den weiteren Ausführungen ging hervor, daß man sämtlichen Innungen des Reichs die auf die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes bezüglichen Fragen vorgelegt hatte, die die Ausdehnung der Unterführung, Verringerung der Beitragseinteilung, Veseitigung der Selbstverwaltung, freie Arztwahl, den Mißbrauch der Kassenerhaltungen zu sozialdemokratischen Parteizwecken u. a. m. betreffen. So verschieden die Antworten in einigen untergeordneten Punkten lauteten, so gleichmäßig waren sie in der Sache, so weit die Entrechtung der Arbeiter und die Veseitigung der Unternehmer in Frage kam. Das hauptsächlichste Merkmal der Antworten sind folgende zwei Punkte in der vom Referenten aufgestellten Resolution:

1. Die Ausdehnung der Unterführung ist nicht anzunehmen, es ist vielmehr die über 13 Wochen sich erstreckende Krankheit der Invalidenversicherung aufzulösen. 2. Die Beiträge der Arbeitgeber sind nicht zu erhöhen, wohl aber denselben die Hälfte der Vertreter zuzubilligen.

Diese beiden unveränderten Forderungen hielt man für so selbstverständlich, daß man diese Resolution ohne nennenswerte Debatte einstimmig annahm und damit behandelte, daß die Unternehmer die Verwaltung der Orts-Krankenkassen ohne jede Gegenleistung an sich reichen möchten, so daß, ginge es nach dem Willen dieser Herren, den Arbeitern nur die Nachteile der geplanten Krankenkassen-Reform verblieben. — Bemerkenswert ist noch, daß die Antworten über den angeblichen Mißbrauch der Orts-Krankenkassen-Verwaltung durch die sozialdemokratische Partei fast einstimmig dahin lauteten: es seien fast alle Vorsitzenden der Kassen Sozialdemokraten, ein Mißbrauch in der angegebenen Richtung lasse sich jedoch nicht nachweisen. Während der kurzen Debatte über diesen Punkt erklärte nun ein Kreisgerichtsrat Dr. Hille aus Berlin, der der juristische Beirat der Bauunternehmer zu sein scheint, es sei ihm bekannt, daß die Regierung neuerdings den Anschluß der Orts-Krankenkassen an die Landesversicherungs-Anstalten plane.

Gegenstand der weiteren Verhandlung waren zwei Vorschläge des eben erwähnten Kreisgerichtsrats. Um die Folgen der weitergehenden Haftpflicht, die das neue Bürgerliche Gesetzbuch dem Arbeitgeber auferlegt, abzumildern, fordert er eine Vermehrung der Haftpflicht-Genossenschaften für das Baugewerbe und deren Zusammenfluß zu einem Versicherungs-Verbande. Der Geschäftsbetrieb dieser Genossenschaften soll so erweitert werden, daß sie, als Träger der Streikgefahr-Versicherung ausgebildet, das hieraus entspringende Risiko übernehmen.

Die schönen Pläne gelangten indes noch nicht zur Verwirklichung, sie sollen vielmehr erst nach ein Jahr diskutiert und dann dem so geläuterten Urteil des nächsten Delegiertentags vorgelegt werden. Damit ist aber der Plan einer gegenseitigen Streikversicherung der Bauunternehmer im Prinzip anerkannt.

Die Volksbibliotheken und Leshallen der Stadt Berlin 1850-1900.

Ans Anlaß des 50-jährigen Bestehens der Berliner städtischen Volksbibliotheken, deren vier erste am 1. August 1850 eröffnet wurden, hat der städtische Bibliothekar Dr. Buchholz im Auftrage des Magistrats eine Festschrift verfaßt, die jetzt im Druck erschienen ist. Sie unterscheidet sich von anderen städtischen Festschriften, mit denen wir bei ähnlichen Gelegenheiten — zur Eröffnung der 200. Gemeindefeiere und zum 50-jährigen Jubiläum der städtischen Gaswerke — befaßt worden sind, in zwei Punkten: erstens durch eine reiche und eigenartige Ausstattung und zweitens (was wichtiger ist) durch eine gewisse Ungeheimlichkeit der Darstellung. Wer unsere Volksbibliotheken in den 50er und 60er Jahren gekannt hat, der weiß, daß an ihnen nicht viel zu loben und beinahe alles zu tadeln war. Auch im „Vorwärts“ hat lange Zeit hindurch manches bittere Wort darüber gesagt werden müssen. Buchholz hat die den städtischen Volksbibliotheken anhaftenden Mängel, über die man noch bis in das letzte Jahrzehnt hinein die Bevölkerung hinwegzutäuschen versucht hat und mit deren allmählicher Veseitigung erst vor wenigen Jahren begonnen worden ist, keineswegs verschwiegen oder auch nur beschönigt. Hat er auch nicht so rückhaltlos von der Leber weggesprochen, wie er es — unserer Vermutung nach — gewöhnlich haben dürfte, so läßt er doch deutlich genug durchblicken, daß eine kurzfristige Veseitigung des Wesens und Wertes der Volksbibliotheken und eine kleine, in Volksbildungsfragen doppelt verwerfliche Sparsamkeit die Entwicklung dieser für die Fortbildung des Volks so überaus wichtigen Anstalten so lange aufgehalten haben.

Ein kurzer Ueberblick über die äufere Geschichte unserer städtischen Volksbibliotheken ist im „Vorwärts“ bereits in der Nummer vom 1. August gegeben worden. Wir dürfen darauf verzichten, das dort Gesagte zu wiederholen. An der Buchholzschen Darstellung interessiert besonders das, was er über die treibenden oder hemmenden Kräfte mittelt, die die innere Ausgestaltung der Volksbibliotheken in gutem oder schlechtem Sinne beeinflusst haben. Ihre Entstehung verdanken sie nicht der Einsicht der städtischen Behörden, sondern privater Initiative. Friedrich v. Raumer regte den Gedanken

an und beteiligte sich an seiner Verwirklichung drei Jahrzehnte hindurch mit jünger Energie und großer Opferfreudigkeit. Die ersten Mittel beschaffte er durch den Berliner Verein für wissenschaftliche Vorträge, der, durch ihn selber begründet, seine Wirksamkeit 1842 begann. Dieser Verein bedurfte natürlich — das war damals so üblich und ist es bekannlich vielfach noch heute — eines Protectors. Er fand ihn in dem Prinzen von Preußen, dem späteren König Wilhelm I. Als dann Nummer 1846 der Stadtbibliothek die ersten vom Verein erworbenen 4000 Thaler zur Errichtung von Volksbibliotheken anbot, geriet auch dieses Unternehmen — nicht formell, aber faktisch — sofort mit unter die Protection des Prinzen. Buchholz legt, wenn wir ihn richtig verstehen, diesem Umstand eine für die Volksbibliotheken günstige Bedeutung bei — wir glauben: mit Unrecht. Der thätige Anteil, den der Prinz an den Arbeiten des Vereins nahm, machte sich (wie aus den von Buchholz citierten Briefen des Prinzen hervorgeht) leider vielfach dahin geltend, daß er alles Bedenklche — in seinem Sinne Bedenklche! — von den Vorträgen fernzuhalten suchte. Diefelben Grundsätze waren später für die Volksbibliotheken maßgebend. Die königliche Genehmigung zu ihrer Errichtung wurde, nachdem sie bereits im August 1847 erteilt worden war, im Dezember 1848 vollzogen, gelangte aber erst im Juni 1849 an den Magistrat. Es ist nie aufgeklärt worden, worauf die Verzögerung zurückzuführen war, aber die Ursache läßt sich vermuten. Der Minister der geistlichen Unterrichts- u. s. w. Angelegenheiten, v. Ladenberg, und der Minister des Innern, v. Mantensfeld, sprachen bei Uebersendung der königlichen Genehmigung in einem gemeinsamen Schreiben die Erwartung aus, der den Mitgliedern des wissenschaftlichen Vereins in Bezug auf die Auswahl der Bücher zusehende Einfluß werde dahin angewendet werden, daß alle Schriften, welche eine die Sittlichkeit, die Religion oder den Staat gefährdende Tendenz verfolgten, auf das sorgfältigste von der Bibliothek ferngehalten und dagegen solche Schriften vorzugsweise für dieselbe ausgewählt werden, welche auf Veseitigung von Sitten, Glauben und Unterthanenreue zielen.“ Der Minister von Ladenberg und im Auftrage von Mantensfeld der Ministerialdirektor v. Pustkammer richteten an den Verein selber ein Schreiben, worin sie diesen noch besonders ermahnten, „des Gewichtes der Sache bei der ihm vorbehaltenen Auswahl der Mitglieder der Verwaltungskommission geben zu sein und bei der Auswahl der Bücher neben dem bisher so rühmlich betätigten Interesse für die Hebung der Intelligenz und der Moralität der hier in Betracht kommenden Schichten der Bevölkerung auch der öffentlichen Ordnung, der Religiosität und der Sitten eine wohlwollend geneigte Rücksicht zu widmen.“ Der Verein hat die Mahnung, wie ein Blick in die älteren Kataloge lehrt, lehrerzig und danach gehandelt, so lange er Einfluß auf die Bibliotheken hatte. Er konnte auch nicht gut anders, wenn er sich nicht bei seinem Protector, der sich die Kataloge der neu errichteten Bibliotheken regelmäßig schicken ließ, das Wohlwollen für die Bibliotheken wie für seine Vorträge verschmerzen wollte. „Vergessen haben wir“, sagt Buchholz über die ersten Kataloge, „nach Böhm, Dingeldey, Annette von Droste, Eichendorff, Heiligenthal, Grünparzer, Engelow, Palm, Hebbel, Heine, Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Immermann, Laube, Kenau. Sie alle waren von der Schwelbe gewiesen, andre Unterlassungen nicht zu werden — und das hatte mit seinem Wahren der Erlaß der Minister gethan.“ Heine's Name z. B. tauchte dann erst 1870 in einem Katalog auf. Auch als die Verbindung mit dem Verein lödeter wurde und schließlich ganz aufhörte, blieben die Bibliotheken zunächst noch in einem Zustande, an dem jene beiden Minister ihre Freude gehabt haben würden. Die Bücherauswahl besorgte nun ausschließlich der schon früher daran beteiligte Archivar Ribbin, der völlig in dem Geiste der ministeriellen Verfügung von 1849 verkehrte. Noch Anfang der 60er Jahre machten einzelne Kataloge den Eindruck, als sollten die Bibliotheken nicht der Volksbildung und Volksaufklärung, sondern sehr entgegengelegten Zwecken dienen. Wir unterschätzen gewiß nicht den verhängnisvollen Einfluß, den die von den städtischen Behörden Jahrzehnte hindurch den Volksbibliotheken gegenüber geübte Kautelerei gehabt hat. Aber die Engherzigkeit, mit der von Anfang an bei der Auswahl der Bücher verfahren wurde, ist vielleicht nicht weniger verhängnisvoll gewesen. Im übrigen ist sie zweifellos noch verwerflicher als Kautelerei. Sie ist nur denkbar bei einer totalen Verkennung des Wesens und der Bedeutung der Volksbibliotheken.

Als in den 60er Jahren trotz Vermehrung der Bevölkerung und der Bibliotheken bei diesen die Zahl der Leser und der Entlehnungen zurückzugehen begann, da konnte das nach Lage der Sache nicht überraschen. Ein neuer Aufschwung zeigte sich erst Anfang der 70er Jahre, als größere Mittel bewilligt wurden und die allmähliche Erneuerung der längst veralteten Bücherbestände in Angriff genommen wurde. Ein noch stärkerer Aufschwung begann, als 1890 der erste Versuch einer Erweiterung der Volksbibliotheken durch öffentliche Verleihen gemacht wurde. Das Verdienst, diesen Gedanken angeregt zu haben, gebührt Dr. Buchholz. Er trat zuerst 1882 damit hervor, aber die Sache schritterte damals an dem Widerstand der Bibliothekskommission wie des Magistrats. Das Verdienst, den Gedanken wieder aufzugreifen und ihn, obwohl zunächst keine Aussicht auf Verwirklichung vorhanden war, immer wieder vorgebracht zu haben, gebührt — das darf bei dieser Gelegenheit nicht außer Acht gelassen werden — unseren Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung. Buchholz weist selber darauf hin, wie besonders Stadtverordneter Bruns dafür gesorgt hat, daß die Sache „nicht einschlief“. Zugleich mit der Errichtung der ersten Lesehalle wurde endlich auch bis zu einem gewissen Grade die von sozialdemokratischer Seite so lange vergeblich aufgestellte Forderung erfüllt, daß bei der Auswahl der Bücher unparteiisch verfahren werden muß.

Für die weitere Entwicklung der Volksbibliotheken stellt Buchholz ein Programm auf, dessen baldigste Verwirklichung nur zu wünschen ist. Er fordert eine städtische Bibliothek und Lesehalle „großen Stils“, die täglich von früh bis spät geöffnet ist, im Centrum der Stadt liegt, und zu der die über die ganze Stadt verstreuten Volksbibliotheken in dem Verhältnis von Zweiganstalten stehen. Durch Vermittelung dieser Zweiganstalten soll dann jedermann die Bücher der Centralbibliothek entleihen können, ohne die Centralbibliothek selber aufsuchen zu müssen. Soll dieser Plan ausgeführt werden, dann werden Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung wohl noch etwas tiefer in den Stadtsäckel greifen müssen, aber in Fragen der Volksbildung darf dieser Punkt erst zuletzt in Betracht kommen.

Verfassungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Eisindustrie (Lebergalanterie) waren am Montag in den Armhallen vollständig versammelt, um über ihre Forderungen zur Lohnbewegung schlüssig zu werden. Obwohl diese Arbeiter bisher sich nur in äußerst geringem Maße an der Organisation oder an einer Lohnbewegung beteiligten, ist es seit dem 1. Mai d. J. gelungen, sie für die allgemeine Arbeiterbewegung mehr zu interessieren, so daß jetzt sämtliche Berufsgenossen organisiert sind und das Gelingen der Lohnbewegung gesichert erscheint. Im Verlauf der letzten Wochen sind durch längere und zahlreiche Verhandlungen der Lohnkommission mit den Vertrauensleuten der Branche die Lohnforderungen eingehend beraten und formuliert worden. Beinschuld referierte hierüber in ausführlicher Weise unter Hinweis auf die Lohnbewegung der Buchbinder, indem er gleichzeitig die einzelnen Punkte erläuterte und unter lebhaftem Beifall deren

Annahme empfahl. In der Besprechung erklärten sich die Redner ebenfalls einverstanden, worauf sämtliche Forderungen einstimmig angenommen wurden. Diefelben lauten: 1. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf neun Stunden; der bisherige Wochenlohn bleibt bestehen. 2. Für die ersten drei Ueberstunden ein Lohnzuschlag von 33 1/2 Prozent sowie Verzählung der notwendigen Pausen für Mahlzeiten. 3. Für alle weiteren Ueberstunden sowie für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind 50 Prozent Lohnzuschlag zu zahlen. 4. Verzählung aller gesetzlichen Feiertage. Arbeitsruhe am 1. Mai. Arbeiter-Mahregelungen dürfen aus Anlaß dieser Forderungen nicht stattfinden.

Diese Forderungen sind mit ausführlicher Begründung, laut Beschluß der Versammlung, am 11. September allen Unternehmern zur Annahme übermittleit worden, um vom 17. September ab zur Geltung zu gelangen. Gemäß einer einstimmig angenommenen Resolution sind alle Einzelarbeiter verpflichtet, überall da, wo diese Forderungen abgelehnt werden, am 18. September sofort die Arbeit einzustellen und erst dann wieder aufzunehmen, wenn alle Punkte bewilligt sind. Zur Leitung der Lohnbewegung wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern ernannt. Alle Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Unternehmern dürfen seitens der Arbeiter nur in Uebereinstimmung mit dieser Lohnkommission erfolgen. Diefelbe hat ihr Bureau im Gewerkschaftshaus, wohin sich auch die Werkstatt-Vertrauensmänner täglich zwischen 7-9 Uhr abends zu wenden haben. Mit der Aufforderung zum Ausmarsch wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch geschlossen.

Was führt die Polizei gegen die Regierung gegen und im Schilde? Mit dieser Tagesordnung beschäftigte sich am Dienstagmorgen eine Versammlung der Bäckergehilfen. Der Referent Heybold führte aus: In letzter Zeit habe die Polizei so zahlreiche Kontrollen der Bäckereien vorgenommen, wie es seit Bestehen der Bäckerei-Verordnung noch niemals der Fall gewesen sei. Wie es heißt, sei diese eingehende Kontrolle eine Folge der Ergebnisse der Statistik, welche die Organisation der Bäckerei-Arbeiter im vergangenen Winter aufgenommen und veröffentlicht hat. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß die kontrollierenden Beamten hinsichtlich der Unsauberkeit und der Unordnung, welche in vielen Bäckereien herrschen, noch weit schlimmere Zustände gefunden haben, wie sie in der Statistik zu Tage gefördert sind, vorausgesetzt, daß die Kontrollen gründlich und auch unvorhergesehen stattgefunden haben. Das scheint aber nicht immer der Fall gewesen zu sein. Man müsse doch fragen, wie es dem könne, daß nicht selten der Bäckermeister vorher informiert sei, wann sein Betrieb kontrolliert werden solle. Wenn die Kontrolle nicht immer mit der wünschenswerten Gründlichkeit vorgenommen werde, so erkläre sich das aus der Tatsache, daß die Polizeibeamten keine Fachkenntnisse haben. Darum müsse die Mitwirkung von Fachleuten bei der Kontrolle gefordert werden. Vor einigen Tagen sei eine Notiz durch die Presse gegangen, wonach die Regierung geneigt sei, an Stelle des Maximal-Arbeitstags eine wöchentliche Ruhezeit von 48 Stunden zu setzen. Sollte das wirklich die Absicht der Regierung sein, so beweise das, daß die so vielgerühmte Socialpolitik völlig aufgegeben sei. Inmehringen werde der bestehende Maximal-Arbeitstag in den meisten Bäckereien allerdings nicht, und die polizeilichen Kontrollen seien in vielen Fällen so ungenügend, daß die zahlreichen Uebertretungen nicht festgestellt werden. Unter diesen Umständen möchte man fast sagen, die Regierung würde den Bäckergehilfen mit der Aufhebung der Bäckerei-Verordnung einen Gefallen thun, weil dann das gesamte konsumierende Publikum auf die Seite der Bäckerei-Arbeiter treten und zu deren Gunsten Partei ergreifen würde. — In der Diskussion hoben mehrere Redner hervor, daß trotz Verordnungen und Kontrollen die oft gerügten Mängel in zahlreichen Bäckereien ungehindert fortbestehen. Ein Redner bemerkte, er sei einmal Zeuge gewesen, wie ein Schutzmann in den Laden eines Bäckermeisters trat und zu dem letzteren sagte: Meister, morgen kommt der Rentenantrag zu Ihnen, sorgen Sie dafür, daß alles in Ordnung ist. — Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erwartet, daß seitens der maßgebenden Behörden im Interesse der Bäckerei-Arbeiter und des konsumierenden Publikums auf Grund des ershöpften Materials der in letzter Zeit stattgehabten polizeilichen Kontrollen der Bäckereien baldigst eine den unerhörten Mängeln im Bäckereigewerbe steuernde Schutzgesetz erlassen werde. Die Versammlung erklärt jedoch, daß sie den bloßen Erlaß derartiger Verordnungen erfahrungsgemäß kein Vertrauen entgegenbringen können, sondern daß sie das Hauptgewicht auf die strikte Durchführung derselben legen. Die Versammlung stellt deshalb heute wieder ihre alte Forderung: „Bei der Kontrolle der Bäckereien Fachleute hinzuzuziehen.“ Nur wenn diese Forderung erfüllt wird, kann von einer wirksamen Durchführung solcher Gesetze die Rede sein. Diese Forderung trifft in weitestem Maße für die Bundesrats-Verordnung vom 4. März 1896, sowie für das Gesetz über die Sonntagsruhe zu, da nach länger als vierjährigen Verstreuen derselben eine Durchführung in keiner Beziehung

erfolgt ist. Weiter hält es die Versammlung für ausgeschlossen, daß die Regierung der aus der eigenmächtigen Willkür entspringenden Agitation gewisser Bäckermeisterkreise gegen den Maximalarbeitstag irgend welche Beachtung schenkt.

In weiteren Verlauf der Versammlung wiesen mehrere Redner darauf hin, daß die vor dem Einigungsamt festgesetzten Abmachungen von vielen Bäckermeistern nicht innegehalten werden. Die Lohnkommission wurde beauftragt, in diesem Winter Erhebungen darüber zu veranstalten, wie weit die Einigungsbedingungen durchgeführt und wo sie nicht beachtet worden sind.

Die Drechslermeister waren am Montagabend im „Königstädtischen Kasino“ versammelt. Einberufen der Versammlung war der in letzter Zeit so hervorgetretene Herr Kasprzakow. Seinem Ruf waren ungefähr 30-40 Personen gefolgt, so daß von einer großen Beteiligung durchaus keine Rede sein konnte. Dies ist auch erklärlich, indem ein Teil der Meister durch Fernbleiben von der Versammlung zeigen wollten, daß sie sich mit oben genannten Herrn nicht identifizieren möchten. Ein Redner gab unter andern den Bericht von der Gesellenversammlung und suchte den Eindruck dieser wichtigen Versammlung dadurch abzuschwächen, indem er erklärte, daß an der Abstimmung über das Vorgehen der Baudrechsler auch Hausdiener und Tischler teilgenommen hätten. Woher dieser Herr seine Weisheit bezog, verriet er nicht. Dem Obermeister Herr Schulz war es ein Leichtes nachzuweisen, daß durchaus richtig bei der Abstimmung verfahren sei. Ferner wurde erklärt, daß die Baudrechsler fast gar keine Forderungen gestellt hätten, es seien ihnen nur 6 Werkstätten besamt, wo dies geschehen ist. (Nach dem Bericht der Kommission liegt die Sache etwas anders.)

Aus den weiteren Verhandlungen ging hervor, daß von Einigkeit unter den Meistern keine Rede sein kann, indem eine angeregte gegenseitige Unterstüzung keine Gegenliebe fand.

Die Bauarbeiter hielten am Sonntag im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Verbandsversammlung für Berlin und Umgegend ab. Auf der Tagesordnung stand die Festsetzung der Beitragshöhe für den Streikfonds. Nach einem im Jahre 1895 gefaßten Beschluß haben diejenigen Arbeiter, welche wöchentlich mehr als 30 Mark verdienen, 50 Pfennig, und die, welche weniger verdienen, 25 Pf. pro Woche zum Streikfonds beizusteuern. — Der Versammlung lag ein von verschiedenen Rednern beschworener Antrag vor, der die Festsetzung eines einheitlichen Beitragssatzes ohne Rücksicht auf die Lohnhöhe bezweckte. Dagegen wurde von andern Rednern geltend gemacht, daß es ein Unrecht gegen die Lohnarbeiter wäre, wenn sie eben so viel Beitrag zahlen sollten wie die Accordarbeiter, welche monatlich 50, 60, 70 M. in der Woche verdienen. Im Laufe der Debatte wurde auch mit großer Lebhaftigkeit gegen die Accordarbeit gesprochen und unter altheiligem Weisfall betont, daß es die Aufgabe der organisierten Bauarbeiter sein müßte, die Accordarbeit gänzlich abzuschaffen, denn dieselbe sei gerade im Verus der Steinträger eine so schwere, daß die körperlichen Kräfte der Arbeiter in wenigen Jahren vollständig ruiniert werden. Es wurde beschlossen: Wer mehr als 36 M. wöchentlich verdient, hat 50 Pf., wer unter 36 M. verdient, 25 Pf. pro Woche zum Streikfonds zu zahlen. Wenn dieser Modus in Kraft tritt, soll die nächste Versammlung für Berlin und Umgegend bestimmen. Die Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern fiel auf die Kollegen Siering und Gersdorf. Nach kurzer Debatte beschloß die Versammlung: der Centralausschuß des Verbands aus dem Berliner öffentlichen Fonds 5000 M. zu überweisen. Den ausgesperrten Hamburger Werkarbeitern wurden 500 M. zugewiesen. Die Lohnkommission erhielt von der Versammlung den Auftrag: Der Richter-Kommission einen erhöhten Lohnsatz vorzulegen, der am 1. April 1901 in Kraft treten soll.

Die Hefenleger wählten in ihrer Versammlung am 6. d. M. die Vertreter zu der Kommission, die mit den Unternehmern Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis schlichten soll. Es folgte hierauf die Bereinigung der Abrechnung vom ersten Halbjahr, die in Einnahme 375,82 M. und in Ausgabe 292,59 M. aufweist. Im Unterstützungsfonds für kranke Mitglieder befinden sich 49,75 M. Bei der Renouierung eines Kassierers wurde Franz Wagner mit diesen Posten betraut und Quitt in den Anschlag gewählt.

Die Ristenmacher versammelten sich am Montagabend in Stechers Festhale, Andreaskirche, um den Bericht über den Streik entgegenzunehmen. Es waren noch 21 Streikende und 6 oder 7 Arbeitslose vorhanden. Die Streikkommission gab der Versammlung anheim, ob der Streik aufrecht erhalten bleiben solle oder nicht; jedenfalls aber sollten sich die Kollegen darüber klar werden, daß die ungenügende Zeit für die Unternehmung vorüber sei und daß, würde er nicht aufgehoben, er im Sande verlaufen müsse. Mit großer Mehrheit wurde folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht der jetzt zurückgehenden Geschäftslage beschließt die heutige Versammlung, den Kampf bis auf weiteres aufzuheben.“ Damit ist der Streik der Ristenmacher für beendet erklärt worden. Unter „Verschiedenem“ wurde der Jubiläumstempel der Kollegen in verschiedenen Verhüllen gerügt. In einer Bestreife

solten drei Arbeiter gemahngelt sein, der Kommission ist aufgegeben, diese Angelegenheit zu untersuchen. Einem Mitglied Kuhn wurde das ihn von der Kommission entzogene Streikgeld zugebilligt, doch verzichtete K. freiwillig darauf. Nach einer Aufforderung, die am Donnerstag tagende Vertrauensmänner-Versammlung zahlreich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Centralverband der Elektromonteur und Berufsgehilfen Deutschlands hielt am 8. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verunglückten Kollegen Albert Wille durch Erheben von den Plätzen. Hierauf erstattete Abraham seinen Bericht als Kartelldelegierter und machte darauf aufmerksam, daß laut Beschluß des Gewerkschaftskartells von jetzt ab bei Streiks die Kosten desselben für die ersten zwei Wochen von der eignen Gewerkschaft getragen werden müssen. Auf Antrag Lauser wurde daraufhin die Gründung eines lokalen Streikfonds einstimmig beschlossen und der Vorstand mit der Inspecierung der Sache beauftragt. An Stelle des aus der Agitationskommission ausgeschiedenen Kollegen Brenke wurden Lauser und Schäfer delegiert. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, gleichzeitig mit der Marktenwertung eine genaue Kontrolle der geleisteten und der rückständigen Beiträge zu veranlassen, und auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung den Punkt „Arbeitsnachweise“ zu setzen. Bei der Firma Machol u. Marter sind Lohnstreikigkeiten entstanden, zu deren Beilegung auf Antrag der beteiligten Kollegen eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt wurde, welche mit der Firma verhandeln soll. Der Kassierer teilte noch mit, daß durch erfolgte Renouierungen die Mitgliederzahl der Section das dritte Hundert überschritten habe.

Der Verein der Bauanschläger hielt am Freitag eine außerordentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Bevor auf die Tagesordnung eingegangen wurde, machte der zweite Vorsitzende bekannt, daß die regelmäßigen Monatsversammlungen von nun ab jeden Sonntag nach dem Ersten im Monat im Gewerkschaftshaus, Saal I, stattfinden. Sodann wurde die Wahl der 21er-Kommission vollzogen. Diefelbe hat die Arbeitsnachweise zu überwachen, Streiks resp. Ausperrungen zu leiten, den Lohnsatz vollständig neu auszuarbeiten etc. Hierauf gab Wendel die Abrechnung von der Dampferpartie. Diese weist in Einnahme 298,50 M. und in Ausgabe 332,50 M. auf. Den streikenden Sattlern wurden 100 M. überwiesen. Betreffs der weiteren Renouierung von Kollegen in den Verein wurde noch längerer sehr lebhafter Debatte beschloffen, daß jeder neu aufzunehmende Kollege, welcher während der Lohnbewegung als Anschläger gearbeitet hat, die bis jetzt geleisteten Streikbeiträge vollständig nachzahlen hat. Ferner wurden als Jahrestellen die drei Arbeitsnachweise festgesetzt und kann jedes Mitglied seine wöchentlichen Beiträge dort entrichten. An Kollegen, welche dem Verein nicht angehören, werden Marken nicht mehr abgegeben.

Der Verband der Graveure und Eisenreie hielt am 4. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Im Geschäftlichen regte der Vorsitzende nochmals den Streik der Militärreife-Sattler an und wünscht, daß auf eintretenden Listen nach bestem Können gezeichnet werde. Sodann hielt Dr. Lilienthal einen Vortrag über: „Die Geschlechtskrankheiten, Gefahren, Verhütung und Bekämpfung.“ Nach Beilegung einiger lokalen Angelegenheiten erfolgte Schluß der ziemlich gut besuchten Versammlung. Reineingetretene 14 Kollegen.

Druckfehler-Berichtigung. In dem Bericht über die Versammlung der Kontobuchhalter muß es in der Wiedergabe der Lohnbestimmungen für ungebildete Arbeiterinnen heißen: nach zwölf Monaten 24 Pf. = 12,96 M., nicht 12,60 M.

Eingegangene Druckschriften.

- Von der „Neuen Zeit“ (Eutigan, Dieß Verlag) ist soeben das 50. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Märchen des Welter. — Die kommenden Kongresse. Von R. Kautsky. — Die christliche Gewerkschaftsbewegung. Ein Beitrag zur Frage der Neutralisation der Gewerkschaften. Von August Erdmann. — Die Berliner Secularisationshöhe. Von D. Bach. — Heiligkeit: Die Grundidee von Tolstoj's „Kuferscheit“. Von L. Krelrod. (Fortsetzung)
- Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Eutigan, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 19 des 10. Jahrgangs eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Parteitag zu Mainz. — Zur Frauenkonferenz. — Die Frauenkonferenz in Mainz. Von Louise Kies. — Zur Lage der Reuplatierinnen. Von Hans Nordwald. I. (Schluß). — Aus der Bewegung. — Anträge der Genossinnen zur Frauenkonferenz in Mainz. — Heiligkeit: Von dem Herr von Pionovipidan. (Fortsetzung). — Kollegialität von V. Braun und Clara Zetkin: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.
- Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1900 unter Nr. 3122) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Beleggeld 45 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

III. Wahlkreis.
Dienstag, den 12. September, abends 8 Uhr:
Wahlvereins-Versammlung 240/18
im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18c.
Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Mittwoch, den 12. September, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung
aller in
Metall-Knopffabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 117/20

Mittwoch, den 12. September 1900, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminius-Hallen“, Bremerstr. 72-73:
Versammlung für Noabit.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Steiner über: „Gedults Weltkreis“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Möbel u. Polsterwaren
eigener Fabrik
Theodor Rienow, Tischlermstr.
SW., Oranienstr. 97a,
nahe Lindenstrasse.
Solide Arbeit, billige Preise. Eigene Werkstatt im Hause. 5431L*
Coulante Zahlungsbedingungen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntagabend, den 22. September:
S. Stiftungs-Fest
in Kellers gefanten Festhale, Kopenstr. 29.
Großes Konzert
ausgeführt vom „Neuen Berliner Konzert-Orchester“ (40 Musiker). Dirigent Herr Rud. Tieg. Unter Mitwirkung des Violon-Virtuosen Herrn Ed. Bolter, sowie der Opernsängerin Frau Clara Urban und des Berliner Männer-Quartetts Harmonie (Doppel-Quartett).
Zur Ausführung gelangt u. a.: G-dur Sinfonie mit dem Paukenschlag von Haydn. Phantasie aus Lohengrin v. Wagner. Overture aus Hobeopiere v. Vitot. Streichquartette von Hartmann und Schubert. Pison- und Gesangs-Soll. 106/20
Die Konzahören bleiben während des Konzerts geschlossen. Rauchen ist nicht gestattet. Die Festteilnehmer werden ersucht, jede Störung zu vermeiden und sich während der Pausen mit Bier zu versehen.
Nachdem: **Großer Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree: Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. Tanz frei. Programm gratis.
Billets auf allen Jahrestellen und auf dem Bureau im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11-12. An der Kontrolle werden keine verkauft.
Das Komitee.

van Houtens Cacao
1/2 Kilo genügt für 100 Tassen
Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da bei lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.
In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschrieben in van Houtens Cacao-Stuben Werderscher Markt 9, Gerson gegenüber.

Gebrauchte Sportwagen. „Baby“, Brunnen-Teppiche, gut erhalten, spottbillig, Straße 92. Teilzahlung gestattet, bei Leipzigstr. 94, 1. Etage links [33/18] großen Ratem Kassapreise.

Cirkus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Sonntag, den 15. September
Eröffnung.
Preise der Plätze wie gewöhnlich. Vorverkauf ab Mittwoch den 12. an der Kasse und im „Zentralbanden“.

Englischer Garten
Alexanderstraße 27c. 1*
Säle für Sonntagabende in den Monaten Oktober, November, Januar nach freitags und Donnerstags: Ball.

Rohtabak.
Größe Auswahl. — Billigste Preise. Unter Brand! Vorzügliche Qualität. S. Gröbel.
181 Brunnenstraße 181.

Steppdecken
kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
H. Strohmundel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken ausgearbeitet werden. 5324E*

I^a. Glühkörper
unverricht in Deutschland und Goldarbeit, fertig & Selbst ansetzen, per Stück 25 Pf. Kompl. Apparat 1,25. Auch alle and. Glühlicht-Kerzen.
H. Piltz, Kolthauer Ufer 61. Telefon IV a, 7593.

Bühne v. 2 M. an Teilzahlung. Reparaturen in 2 Stunden. Zahnziehen schmerzlos! Plombieren, Sprecht. 8-8. Blumenstraße 25. N. Lange, Gte Marktstraße.

Sofastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in Wollripps, Damast, Phantasie, Hoquet und Plüsch, sowie Sattelfaschen, nur gute Qualitäten, bedeutend unter Preis.
J. Adler Teppichhaus, Königstr. 20, dicht am Rathaus. [4881L*]

Möbel
in gediegener Ausführung, auch auf [54233*]
Teilzahlung.
H. & M. Lewent, 131. Oranienstr. 131.

Bei Schluß der Saison habe ich mich entschlossen, den gesamten Vorrat meiner erstklassigen
Mars-Fahrräder
weil unter dem Fabrikpreise zu verkaufen. Jede Maschine wird mit frischen Pneumatik bezogen. 5425E*
Walter Uhlenhut, Crantenstraße 157, zwischen Moritz- und Oranien-Platz.

Möbel, neue u. geb. Müller, Höchste-billig, strasse 22

Für den Inhalt der Inserate... die Redaktion dem... gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 12. Sept.
Opernhaus. Die Afrkanerin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Oberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Prinz Friedrich von Preußen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing. Die Skavin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der weiße Hirsch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Jägerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust. (1. Teil.) Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
L. in. Der Liebeskessel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Der Pelikon. Anfang 8 Uhr.
Carl Weisk. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ling. Anfang 7 1/2 Uhr.
Pollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Puffschwänke. Anf. 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Kranke. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theaterjahr): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).
Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Ebner-Eschenbach-Fest.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Faust.
Tragödie von Wolfgang Goethe.
1. Teil, erster Abend.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Faust.
1. Teil, zweiter Abend.
Freitag, abends 8 Uhr: Faust.
1. Teil, erster Abend.

Central-Theater
Nur noch 3 Aufführungen!
Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag u. Freitag: Die Geisha.
Sonnabend, den 15. September cr.: Zum erstenmal:
Der griechische Sklave.
(A Greek Slave.)
Aufführung: Operette in 3 Akten von Edwin Jones.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen: „Der Bettelstudent“ von G. Bräuder.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Mittwoch, den 12. September:
Das Riesen-September-Programm.
Neu! Buffdichtchen. Neu!
Große Feste mit Gesang v. G. Braune, Bass, Arienmeister: Dir. R. Winkler.
Nini Bülow, Chansonnetten-Diva.
Garry-Trippe, Grand Orchestre-Pantomimist.
Mollis Berch, Centric-Chansonnetten-Theat. Bernards.
Neben-Vortrag: Mr. Bobbi, mit seiner dreifachen Bandente.
Neben dem reichhaltigen Künstler- und Spezialitäten.
Anfang 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Robert Steidl mit neuen Schlagern.
Adele Moraw.
Der Kosmograph: Neue Serie
Ferner: 8 neue Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Thalia-Theater
Dresdenerstrasse 72/73.
Heute und folgende Tage:
Der Liebeskessel.
Anfang präcise 7 1/2 Uhr.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Lebenswellen. Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Hugo Gaud, Musik von H. Bial.
Sonderheit auf dem Theater: Harlette, Ponceau, die Grottesque, Duetten der Gebr. Milardo, Tauma-Quartett, The Mittons, Turner am dreifachen Red, Florus Kaponet, Kunstgelehrer u. Zierstimmen-Imitator, The Herwoods, Meyer-Gracioso. — Konzert.
Anfang 4 Uhr. — Eintritt 30 Pf.
Stum. Platz 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Nur noch kurze Zeit!
Marokkaner
(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
Vorstellung
stündlich.
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANS
PANOPTICUM
Neu! Graf Waldensee in der Tropen-Uniform.
Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin!
Die sensationellen lebenden Photographien!
Russische Nationale Streichkapelle.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Kopliat! Täglich: Kopliat!
Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung.
Große Aufführungsgesellschaft mit Gesang in 6 Bildern von Carl Weisk u. J. Dill. Musik von K. Wiedner. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 4 Uhr, keine Preise: Die Anna-Lise.

W. Noacks Theater.
Brunnenstrasse 16.
Geschlossen.
Eröffnung der Winter-Saison
Sonntag, den 16. September.

Metropol-Theater.
Der Mandarin von Tsing-ling-ling.
Eduard Steinberger als Gast.
Vorher: Rudinoff.
Blanca u. Desroche.
La Chameroy.
Anf. 7 1/2 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Gossmanns Konzertgart.
Krouzbergstr. 48. an d. Raybachstr.
Jeden Sonntag:
Garten-Freikonz. und Gr. Ball.
Jeden Montag u. Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Anfang 8 Uhr: Nachher: Kränzchen.
Säle f. Versammlungen u. Festlichkeiten.

Die schönsten Schmucks zur Einsegnung
in massenhafter Auswahl vorrätig bei
MAX BUSSE
Uhren und Goldwaren
175. Brunnenstrasse 175.
Brillanten, Opale, Smaltes, sowie alle andern Edelsteine und Imitationen, geschmackvoll in massiv Gold oder Goldplattierung gefasst als Broches, Arm-bänder, Ohrgehänge, Halsketten, Ringe etc. Silberne u. versilberte Tafelgeräthe u. Bestecks zu Hochzeits- u. Pathen-Geschenken.
Goldene und silberne
Uhren,
sowie Uhrketten in massiv Gold, Double, Silber, Talmi etc.
Zum bevorstehenden Umzug
gut gearbeitete Regulature, Hänge-Uhren und Standuhren eignen Fabrikats. Sämtliche in den grossen Räumen meines Hauses ausgestellten Waren sind solide gearbeitet trotz der billigen Preise und bürgt das 22-jährige Bestehen meines Geschäfts für die Realität der Bedienung.
Max Busse, Uhren und Goldwaren
175. Brunnenstrasse 175.
Strassenbahn-Haltestelle an der Invalidenstrasse.

Neue Welt-Kalender
für 1901.
25. Jahrgang — Jubiläum-Ausgabe.
Reich illustriert.
Preis 40 Pfennig.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einbindung des Betrages nebst 10 Pfennig für Porto in deutschen Reichsmark.
Kalendarium. — Hofreisen — Statistische Schilf. — Rückblick. — Reflexen u. Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Auf der Wanderfahrt. Erzählung von H. Schwedel (mit Illustrationen). — Die Aufgabe des zwanzigsten Jahrhunderts. Von A. Sebel. — Werte im Moor. Gedicht von H. Dieckhoff. — Zwei Agitatoren. Erzählung von Emil Holtenow (mit Illustrationen). — Und meiner Schmalmeierzeit. Von W. H. Stehmetz. — Bären und Engländer in Afrika. Von Max Schipool (mit Illustrationen). — Jahrhundertwende. Gedicht von G. Freygang. — Jähren und Jähren. Von Dr. S. Borchardt. — Unsere Kalender. Von I. A. (mit Illustrationen). — Das Schiffschicksal bei den Reichern. Von A. G. (mit Illustrationen). — Sonne. Gedicht von Ludwig Zeiler. — „Brillanten“ und „Hellersehend“. Von Dr. Kurt Brendenber. — Carl Dertel. (mit Porträt). — Zwei Gewerkschaftskämpfe. Von G. Vogels. — Das Kreuz am Teich. Gedicht von Edwin von Bremen. — Tugendblätter. — Die dummen Männer. Schwanke von Hans Janssen. — Für unsere Wächter. — Trübseligkeit und Bräutigam. — Vier vier Kupfer: Mädchen am Brunnen — Eine Gemeinderatsbesprechung auf dem Sande — Wintertag auf der Landstrasse — In Richard's Garten. — Ein Treisendruck auf Kunstpapier: Mittagstisch. — Ein Wandteller.
In beziehen durch:
J. H. W. Bieh Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Wo amüsiert man sich grossartig?
Hasehold 21 und Jahnstr. 8 in Schneegelsbergs Festhallen, Auf: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 1130. — Genre: Grosser Ball, als Spezialität: Cigarren-Regen, verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen. Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei. Empfohlen den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabrikanten etc. meine Säle, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. [51420*]

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erfrischende Spezialitäten. J. M. Hätt.
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hätt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Sanferin.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
Hauptdepot in Berlin (20 Pf.). Salomon-Apothek, Charlottenstrasse.
München: Schützen-Apothek. Stuttgart: Hirsch-Apothek. Breslau: Victoria-Apothek. [54506*]

Möbel und Polsterwaren. Franz Tutzauer,
Tischlermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie, vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, dass unsere einzige Tochter Martha infolge eines Unfalls und durch den Tod entzogen worden ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Neuen Sönderberger Kirchhof aus statt. 2835b
Berlin, den 8. September 1900.
Die trauernden Eltern und Sohn Gustav Meißner, Kaufm. Nr. 22.

Am 8. d. M. nachm. 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schweren Leiden meine innigstgeliebte Frau, meine gute Mutter, Schwägerin u. Tante
Ida Lutschke
geb. Ziegler
im 87. Lebensjahre. 2804b
Dies zeigt allen Freunden und Bekannten an Hermann Lutschke und Kinder.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Neuen St. Jakob-Kirchhofs, Rixdorf, Hermannstr., aus statt.

Secessions-Bühne.
Eröffnungs-Vorstellung
15. September 1900.
Komödie der Liebe.
Von Henrik Ibsen.
Vorverkauf an der Tageskasse.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger
(Nährmann, Gork, Walde.)
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Frankfurt-Billets 3 Stück 1 M.
Send nur in der Woche gültig.
Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische 4
Gr. Theater-Vorstellung.

Sanssouci
Kottbuserstrasse.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
Fausts Nachlass.
Anfang Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Nach jeder Sotte: Tanzkränzchen.
Montag und Donnerstag: Tanz frei.
Alle andern Tage sind die Säle für Hochzeiten, Festlichkeiten u. Versammlungen, ebenso f. Vereins-Vorstellungen und Nativen (Hoffmanns Nordd. Sänger) bestens empfohlen.

Möbel auf Credit
und ganze 5332L*
Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilten Ratenzahlungen.
Conlanteste und beste Bedienung.
Lagerbesichtigung erbeten. — Kein Kaufzwang.
Central-Möbel-Halle Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstr.

Uns Verlobte empfehlen sich [28388
Hr. Mario Berndt, Franz Cantzler, Rixdorf, 9. September 1900.

Allgem. Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Drehsler und Berufsengen.
(Eing. Hildstraße Nr. 86, Hamburg.)
Berlin B.
Am 8. September verstarb unser langjähriges Mitglied
Heinrich Töpfer
im Alter von 59 Jahren.
Ehre seinem Andenken! 2852b
Die Ortsverwaltung Berlin B. J. A. A. Volkreich, Bevollmächtigter.

Centralverband der Zimmerer Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass das Mitglied, der Kamerad
Friedrich Rückert
am 9. September an der Dungen-Schwindsucht im Augusta-Hospital verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 12. September, abends 6 Uhr, von der Leichenhalle des Razareth-Kirchhofs aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
255/1
Der Vorstand.

Am Sonntag, den 9. d. M., abends 8 Uhr, verchied nach langen, schweren Leiden unser lieber Kollege, Herr
Gustav Schmeling
aus Schwelheim,
im fast vollendeten 57. Lebensjahre. Ein treuer Andenken bewahren ihm [2841b
Die Kollegen des Berliner Tageblatt.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 13. September, 5 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des St. Simon-Kirchhofs, an der Tempelhofer und Brügel-Gasse, aus statt.

Steinarbeiter.
Am Montag, den 10. September, starb unser Kollege, der Steinmetz
Wilhelm Bischoff.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Johanniterstr. 19 aus, nach dem St. Marienkirchhof in Südende statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
275/7
Der Vertrauensmann.

Diermit allen Freunden die traurige Mitteilung, dass unser langjähriger Kollege, der Schlosser
Theodor Paul,
am 8. d. M. gestorben ist.
Die Beerdigung findet am 12. d., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause am Friedrichshagen nach dem freizehlfreien Friedhof statt. [2837b
Die Kollegen der Firma
Kästermann & Co.

Deutscher Buchbinderverband
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass unser Kollege, Buchbinder
Paul Lohies
am Sonntag, den 9. d., verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Gr. Frankfurterstr. 80/81 aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
25/8
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden, Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
2851b
Paul Opitz, Schankwirt,
Glatzerstrasse 58.

Sage hiermit allen Genossen und Kollegen, insbesondere den Kollegen der Firma Hagelsberg, Heiman u. Schmidt, sowie allen Verwandten und Bekannten für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Steinbrüders **Adolf Müller,** meinen herzlichsten Dank.
Emma Müller.

Hans Kayser
Riechholzstraße, Platz 2
Gärtiger Bahn.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.

Parteitag der tschechischen Socialdemokratie Oestreichs.

Budweis, 8. September.

Die tschechische Socialdemokratie in Oestreich begann am Sonntag ihren vierten Parteitag, der von 111 Delegierten, darunter 7 Frauen, besucht ist.

Die Tagesordnung des Kongresses ist ziemlich reichhaltig. Seit dem letzten Parteitag war die tschechische Partei gezwungen, eine Reihe schwerer Kämpfe durchzumachen, da die jungtschechische Partei, ursprünglich eine demokratische Partei, sich allmählich als eine durch- aus reaktionäre Bourgeoispartei entpuppt hatte. Die Tagesordnung des Kongresses lautet:

- 1. Bericht der Parteiverwaltung (Referent Kravka-Wien). 2. Organisation, besonders Organisation der Frauen und jugendlichen Arbeiter (Referent Radimsky-Wien). 3. Parteitaltit (Referent Remec-Prag). 4. Parlamentarischer Bericht (Referent Abgeordneter Berner-Ostrow). 5. Presse (Referent Kravka-Wien). 6. Die Socialdemokratie und die Schule (Referent Remec-Wien). 7. Die Socialdemokratie und der Landtag (Referent Banek-Budweis). 8. Die Socialdemokratie in der Gemeinde (Referent Abgeordneter Steiner-Modano). 9. Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften (Referent Banek-Budweis). 10. Wahlen und allgemeine Parteiangelegenheiten.

Das Präsidium wird von den Genossen Koushar-Prag, Jura-Prüm und Abg. Steiner-Modano gebildet.

Den Bericht der Parteiverwaltung erstattet Gen. Kravka-Wien. Er verweist auf die großen Kämpfe, die die Partei seit dem letzten Parteitag durchmachen mußte, den Textilarbeiter- und den Bergarbeiterstreik, sowie die profanen Aktionen gegen den schlechten Ausgleich mit Ungarn und die Jüdensteuer und den siegreichen Kampf gegen den Zeitungshempel. Auch die Manifestation ist in den letzten zwei Jahren immer großartiger begangen worden. Der Ausschuss der Partei ergiebt sich aus der Entwicklung der Presse. Die Partei besitzt jetzt ein Tagblatt, das „Pravo Lidu“ („Volkrecht“) in Prag, zwei dreimal wöchentlich erscheinende, von denen eins die „Delnicka Listy“ („Arbeiterzeitung“) in Wien, vom 1. Oktober an täglich herausgegeben werden soll, sowie eine Reihe anderer Blätter, im ganzen elf politische Blätter. Diese wurden in den zwei Jahren 215 mal vom Staatsanwalt konfisziert. Außerdem giebt es noch 17 gewerkschaftliche, 2 humoristische, 1 wissenschaftliches („Akademie“) und 1 populär-wissenschaftliches Blatt („Cervantry“, „Lichtstrahlen“). Im Jahr 1898 bestand die gesamte Parteipresse aus 8 Blättern mit einer jährlichen Auflage von 80 300 Exemplaren, 1899 aus 19 Blättern mit 925 000, im Jahre 1900 aus 32 Blättern mit einer Jahresauflage von 9 346 600 Exemplaren. Die Großstädte, die die Preßkommission in diesen 2 Jahren herausgab, hatten eine Gesamtauflage von 386 000 Exemplaren, die von einzelnen Organisationen herausgegebenen Veröffentlichungen eine solche von 42 000 Exemplaren.

Angeschlagte waren in den 2 Jahren 923 Genossen, von denen 536 zu 12 Jahren 6 Monaten 11 Tagen und 3889 Kronen Geldstrafe verurteilt wurden.

Ueber Organisation referierte Genosse Radimsky-Wien. Er schlägt namens der Parteiverwaltung eine Ergänzung des Organisationsstatuts in dem Sinne vor, daß sich die Gesamtheit der Vertrauensmänner aller Wahlkreise eines Landes als Landesvertretung konstituieren solle, die durch eine gewählte Landes-exekutive die Geschäfte führen solle. — Ferner sollen neue Bestimmungen über die Frauenorganisation aufgenommen werden.

Der zweite Tag war der Verhandlung über „die Parteitaltit und die Neuwahlen“ gewidmet. Das Referat zu diesem Punkt erstattete Genosse Remec-Prag. An das Referat knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, die sich hauptsächlich mit der Stellung der Socialdemokratie gegenüber den andern Parteien und vor allem gegenüber dem „böhmischen Staatsrecht“ befaßte.

In einer endlich angenommenen Resolution wird erklärt, daß die Auflösung des Parlaments und die Vornahme der Wahlen auf Grund der bestehenden Wahlordnung die gegenwärtig unhaltbare Situation noch verschlimmert. Der Parteitag verlangt daher die Einberufung einer Konstituante auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, um eine demokratische Verfassung auszuarbeiten, die außer der vollständigen politischen und nationalen Gleichberechtigung alle kulturellen und freirechtlichen Interessen des arbeitenden Volks schützt.

In der Montags-Sitzung wird zunächst über die Presse verhandelt. Das Referat erstattet Genosse Kravka-Wien. Dieser beantragt ein Preßregulativ, das die Kontrolle der Partei über die Parteiblätter regelt. Das Regulativ wird nach kurzer Debatte angenommen. Ferner wird beschlossen, daß die Redaktion der Fronzeitung „Jednot List“ von Brunn nach Prag verlegt werden solle. Außerdem werden mehrere seit dem letzten Kongresse gegründete Zeitungen als Parteiblätter anerkannt.

Ueber den 6. Punkt der Tagesordnung: „Die Socialdemokratie und die Schule“ referiert Genosse Remec-Prag. Er bespricht eingehend die Bedeutung einer freien Schule für die Arbeiterschaft und verweist auf die fortschreitende Akradifizierung der Schule in Oestreich. Er legt sodann eine Resolution vor, die die Forderungen der Socialdemokratie in Bezug auf die Schule enthält.

Ueber „die Socialdemokratie in der Gemeinde“ referiert Abgeordneter Steiner. Er legt ein kommunales Programm vor.

Banek-Budweis spricht über „die Socialdemokratie und die Landtage“. Die Landtage seien die reaktionärste Institution in unterm schon ohnedies genug reaktionären Oestreich. Der Redner beantragt eine Resolution, in der es als wichtigste Pflicht der Arbeiter erklärt wird, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für die Landtage zu erkämpfen. Dem Verhalten der Landtage soll die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden. In den Verhandlungen ist besonders auf die volkfeindliche Tätigkeit der Vertreter der privilegierten Klassen namentlich Fragen der Schule, der Armenversorgung, der Landes-einkünfte usw. hinzuweisen.

Zum internationalen sozialistischen Kongress in Paris werden zwei Delegierte und zwar die Genossen Remec-Prag und Banek-Budweis entsendet werden. Die Parteiverwaltung wird von Wien nach Prag verlegt.

Zu Mitgliedern der Parteiverwaltung werden die Genossen Remec, Dr. Soukup, Reiz, Koushar, Hornof und die Genossin Bozena Kouzil gewählt. Als Wiener Mitglieder der Parteiverwaltung, die die Verbindung mit den Parteiverwaltungen der übrigen nationalen Organisationen aufrechterhalten sollen, werden die Genossen Radimsky, Korinek und Svetlik gewählt.

Als Ort des nächsten Parteitags, der in zwei Jahren abgehalten werden soll, wird Prag bestimmt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft und der Vorsitzende Genosse Steiner schließt den Kongress mit einer kurzen Ansprache.

Parteitag der italienischen Socialdemokratie.

Rom, 8. September.

Der sechste Parteitag der italienischen Socialdemokratie wurde heute früh im großen Saal des Eldorado eröffnet. Der Saal ist von großer Einfachheit: kein Schmuck, keine Bilder, keine Fahnen. Im Hintergrunde der Bühne sind nur zwei große, mit Ziffern bedeckte Tafeln zu sehen. Die eine stellt die Ergebnisse der vier letzten Wahlen dar, mit den socialdemokratischen Stimmen: 28 000 im Jahre 1892, 78 000 im Jahre 1896; 135 000 im Jahre 1897 und

endlich 170 000 im Jahre 1900. Die andre Tafel zeigt den Fortschritt der demokratischen Idee in Italien: gegen 675 000, im Jahre 1900 für die reaktionäre Partei abgegebene Stimmen, erhielten die gesamten Parteien der Linken und der äußersten Linken 801 000. Noch einige Anstrengungen, und die Mehrheit der italienischen Wähler wird, wenn nicht socialistisch, so doch demokratisch sein.

Als Genosse Costa um 9 Uhr das Wort ergreift, zeigt der Saal ein vielversprechendes Aussehen: mehr als 300 Personen sind anwesend, unter ihnen alle Mitglieder der parlamentarischen Fraktion, Vordato, Berro, Professor Labriola, Genossin Dr. Kulichoff, Treves, Cabrini usw. Die ersten Worte des Genossen Costa gelten den Kongressisten, denen er den Gruß der römischen Socialdemokraten überbringt; dann, in der gewissen Ueberzeugung, die Gefühle aller zu verbodemeischen, sendet er einen Gruß an das Andenken des großen Ringers, der erst vor wenigen Tagen das Feld der Kämpfe mit der Ruhe des Friedhofs verläßt hat. Es ist nicht nötig — fährt Costa fort — das Leben Liebsteins noch einmal zu beschreiben; sein Name genügt schon, um uns alle an die großartigen Kämpfe zu erinnern, die die deutschen Socialdemokraten unter seiner unbewinglichen und unbestechlichen Führung erschritten haben.

Costa fordert alsdann die Versammlung auf, dem Andenken des Meisters zu huldigen, worauf sich alle Anwesenden von ihren eigenen Erhebungen und mit lautem einmütigen Beifall antworten.

Nachdem man noch andre Grüße an einige italienische Genossen gesandt hat, die im Gefängnis säßmachten, scheidet man zur Konstituierung des Bureau und Costa wird als Präsident gewählt.

Der erste Bericht erstattet sodann den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Er erinnert an die auf die Abschaffung der Kornzölle gerichteten Bemühungen der socialdemokratischen Fraktion, die jedoch an der Macht der regierenden Klassen scheiterten. Jene hungrierenden Hölle haben alsdann zu den blutigen Zusammenstößen vom Mai 1898 geführt. Genosse Costa kommt weiter auf den Obstruktionsfeldzug zu sprechen, aus dem die socialdemokratische Partei als Siegerin hervorging. Er erwähnt die Kämpfe der Fraktion zu Gunsten der Lehrer, der Preßfreiheit und der Arbeiterjuden-Gejüngung; er betont noch einmal, daß der Chinafrage gegenüber die Fraktion ihrem alten Programm weder ein Mann noch ein Fleumig treu geblieben ist; und schließlich mit der Bemerkung, daß auch bei einer neulichen traurigen Veranlassung die Partei ihre moralische Physiognomie und Einheit zu wahren gewußt hat. Ueberall — fährt er fort — wurde dieselbe offene, lokale Erklärung abgegeben; und diese Erklärung wollen wir hier noch einmal wiederholen: Wir verabscheuen die That, aber keine heuchlerisch opportunistische Erwägung wird uns vergehen lassen, daß wir Socialdemokraten sind.

Die Versammlung spricht sodann ein Tadelvotum aus gegen den abgeordneten Genossen De Marinis, der in seiner Eigenschaft als Sekretär der Kammer an dem Begräbnis des Königs Umberto und an dem Empfang in Antrinal teilgenommen hat.

Die Nachmittags-Sitzung wird ausschließlich der Frage der Presse gewidmet. Die norditalienischen Socialdemokraten empfinden das Bedürfnis nach einem eigenen Partei-Organ, da sie jetzt nur auf die radikalen und republikanischen Zeitungen angewiesen sind. Genosse Brampolini fragt daher, ob es nicht angezeigt wäre, den „Avanti“ von Rom nach Mailand zu verlegen, oder den „Avanti“ in Rom zu lassen, aber in Mailand oder in Turin ein zweites tägliches Partei-Organ zu gründen. Der Berichterstatter, Genosse Bisolati, weist aber auf die Notwendigkeit hin, den „Avanti“ noch immer in Rom, gewissermaßen als Bollwerk gegen die dort zunehmende Reaktion zu lassen; die Versammlung nimmt auch fast einstimmig eine, in diesem Sinne gefasste Tagesordnung des Genossen Lascari an. Die Frage der Gründung eines zweiten, täglichen Partei-Organs in Mailand oder Turin wird von einer Specialkommission erwärtert werden.

Tokales.

Der neueste Ritualmord.

Im Müggelsee ist die Leiche der 22-jährigen Martha Mohs unbescheidet aufgefunden worden. Die Todesursache ist noch nicht festgestellt; am Körper der Leiche zeigen sich Verletzungen, doch herrscht noch völliges Dunkel darüber, ob das unglückliche Mädchen freiwillig aus dem Leben geschieden ist oder ob ein Verbrechen vorliegt. Da ist es nun in hohem Grade dankenswert, daß ein Ableger der agrarisch-antisemitischen „Deutschen Tageszeitung“, das „Berliner Blatt“, die Polizei auf die richtige Spur lockt. Für diese christlich-gemüthliche Zeitung steht es nicht allein fest, daß Martha Mohs ermordet worden, das Blatt ist sogar mit der Thäterin so innig vertraut, daß es eine bestimmte Menschenkategorie namhaft machen kann, unter der sich der Mörder versteckt hält. Ja noch mehr, auch eine Anzahl Zukunfts-morde werden der Staats-anwaltschaft auf dem Präsentierteller dargebracht. Das „Berliner Blatt“ läßt sich vernehmen:

„Wie wir schon mittheilten, macht sich bei dem Acker- und Segelboot das Eindringen des Judentums je länger je unangenehmer lästig. Der Ackerboot ist eine Leibesübung vorzugsweise für jüngere Männer, und in Sportkreisen wird es daher sehr unliebsam empfunden, daß der Sport vielfach als Nebenverdienst betrieben wird, denn selten sieht man jüdische „Sportler“ ohne „Damen“ auf dem Wasser. An und hinter den Wägen lagern diese „galanten“ Sportherren am Ufer umher, und was auf der Friedrichstraße begonnen wird, das wird in Grünau und Treptow auf dem Wasser fortgesetzt. . . . Nach allem dem erscheint die von uns von vornherein gedehnte Vermutung durchaus begründet, und es würde sich nach unserer Ansicht für die Polizei zunächst darum handeln, festzustellen, welche Segelboote am Sonntag die Müggelsee gekreuzt haben. Das dürfte nicht schwer halten, da sie ja doch alle bei Grünau verankert sind. Wird hier in diesem Falle nicht mit fester Hand eingegriffen, so dürfen sich die rätselhaften Mädchenleichen-Funde“ im Wasser in Zukunft erschreckend mehren.“

Es mag dem unglücklichen Vater der Martha Mohs, einem ehrbaren Fleischhauer, zwar eiskalt über die Haut laufen, wenn er seine unbescholene Tochter nach ihrem Tode als eine verdächtig sieht, die auf der Friedrichstraße Männerbekanntschäften machte, aber das ist bei dem hehren Ziel, das erklommen werden soll, immerhin nebenächlich. Die Hauptsache ist, daß wir wieder einmal sichere Fingerzeige für einen Ritualmord haben, und daß die Juden, die sonst das Wasser nicht leiden können, als Kerle festgenagelt werden, die selbst vor dem Müggelsee nicht zurückschrecken, wenn es ein Christenmädchen abzumachen gilt.

Immer mehr zeigt sich, wie recht einer, der die Sorte kannte, gehabt hat, als er von den Juden sang:

Judenwolf, du bist ein Was,
Worin haufen die Dämonen,
Eure Leiber sind Kasernen
Für des Teufels Legionen.

Judenwolf, ihr seid Phänen,
Wölfe, Schakale, die in Gräbern
Wühlen, um der Toten Leichnam
Bluttrahig aufzusüßern!

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebend. Die Mitglieder des Bundes werden hiermit auf die im Lauf nächster Woche stattfindenden vier Sängervereinigungen aufmerksam gemacht, welche sich mit der Abhaltung der Bezirks-Liebungsstunden beschäftigen werden. Nähere Belanngabe erfolgt durch Annonce.

Polizeiliche Erhebungen über die Zustände im Schlächter-gewerbe werden gegenwärtig in Berlin vorgenommen. Diese Aufnahmen erstrecken sich in der Hauptsache auf die Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeits- und Schlafräume der Gesellen sowie über die Länge der Arbeitszeit, die Sonntagsruhe und das Stellungsvermittlungswesen in diesem Beruf. Den Fleischer-meistern scheint aber das Vorgehen der Behörde höchst unangenehm zu sein, denn sie haben ihrerseits beschlossen, selbst Erhebungen über diese Punkte anzustellen und zu diesem Zweck Fragebogen auszugeben, die, wenn sie von den Meistern ausgefüllt sind, von Meistern und Gesellen gleichzeitig unterschrieben werden sollen, damit die heheerischen Agitatoren nicht in die Lage kämen, die Richtigkeit dieser Feststellungen anzuzweifeln. Die ehrlichen Schlächtermeister handeln hier offenbar nach berühten Mustern. Sie wollen durch ihre Angaben doch nur die Feinerzeit von den organisierten Fleischergesellen veröffentlichten Zustände in den Fleischereien entkräften und vielleicht auch gar die polizeilichen Ermittlungen etwas fortrigieren helfen. Hierzu sollen nun die Gesellen die Hand bieten. Das werden sie jedoch in der Mehrzahl der Fälle nicht thun, denn die hier am Plage heftenden Gesellenvereine sind der Ansicht, daß die Gesellen bei der Erteilung von Auskunft über die Mißstände im Gewerbe nicht unter der Kontrolle des Meisters stehen dürfen. Sie haben sich deshalb auch mit einer Petition in diesem Sinne an die maßgebende Behörde gewandt. Der Wert solcher von den Meistern veranstalteten Erhebungen fällt natürlich für die Allgemeinheit der Bevölkerung auf nichts herunter, da ja bekanntlich die Verlautbarung der von den Meistern selbst gemachten Angaben durch die Gesellen nur unter dem Druck der wirtschaftlichen Abhängigkeit erfolgt.

Ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften soll, wie der Vorstand der hiesigen Tischler-Zunftung den Zunftmitgliedern durch Mundschreiben mitteilt, im Tischlergewerbe herrschen. Der Vorstand ersucht deshalb die Zunftmeister „dringend“, durch Ausbildung von Lehrlingen „an der Verrückung dieses Mangels“ mitzuwirken. Er teilt ferner mit, das Publikum sei in Zeitungen und durch die Direktoren der Gemeindeschulen auf das „Fehlen zahlreicher Arbeitskräfte in der Tischlerei aufmerksam gemacht worden und hätten sich bis jetzt schon eine große Anzahl Knaben als Tischlerlehrlinge bei dem Vorstand der Zunftung angemeldet.

Sollte der Mangel an Arbeitskräften wirklich ein so fühlbarer sein, wie der Zunftvorsitz behauptet, so sehen wir nicht ein, weshalb sich die Herren von der Zunftung beim letzten Tischler-einkauf im Frühjahr d. J. von den Schorfmachern der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ so lange ins Schlepptau nehmen ließen und den berechtigten Forderungen ihrer Gesellen einen so heftigen, schließlich doch gebrochenern Widerstand entgegensetzten. Oder glaubt der Zunftvorsitz durch eine möglichst ausgedehnte Lehrlings-Erziehung die Arbeiter des Tischlergewerbes von weiteren Forderungen zur Aufbesserung ihrer Lage abhalten zu können? Da dürfte er sich arg auf dem Holzweg befinden!

Ueber die Verurteilung der schulfähigen Knaben Berlins soll, nach einem Wunsch des Provinzial-Schulkollegiums, eine Statistik aufgenommen werden. Die Schuldeputation hat daher die Direktoren der Gemeindeschulen angewiesen, am Schluß jedes Halbjahrs die erforderlichen Ermittlungen anzustellen und einen Bericht darüber einzusenden.

Falsche Hundertjährige dürften noch öfter zu finden sein als in dem einen Fall, der jetzt in Berlin festgestellt worden ist. Bekannt werden sie nur bei Gelegenheit, wahrscheinlich nicht einmal immer bei den Volkszählungen. Der Statistiker W. v. Mayr stellt einmal die Behauptung auf, daß man es bei den Statistiken der „Hundertjährigen“, sofern nicht eine besondere amtliche Prüfung aller ungewöhnlich hohen Altersangaben stattgefunden habe, nur mit einer Statistik von Gebächtnis- und Schreibfehlern zu thun habe. Um Gewißheit über den Wert dieser Statistiken zu erhalten, hatte er für die bayrische Volkszählung von 1871 das Alter aller angeblich über 90 Jahre alten Personen nachträglich noch besonders feststellen lassen. Nach den ursprünglichen Angaben in den Volkszählungs-Listen sollten im ganzen 87 Personen über 100 Jahre alt sein. Die amtliche Feststellung des Alters der betreffenden Personen ergab, daß nur eine einzige, eine Witwe, wirklich über 100 Jahre alt war. Der Grund dieser Fälschung des Volkszählungs-Ergebnisses braucht nicht liberal der Wunsch, andre zu täuschen, gewesen zu sein. Auch Selbsttäuschung und eine durch das Alter erklärliche Gedächtnis-schwäche werden dabei mitsprechen.

In der städtischen höheren Weberschule, Markstraße 49, beginnt der neue Unterrichtskursus für die Tagesabteilung, und zwar für Weberei, Musterzeichnen, Birkerei, Posamentiererei, Kurbelstickeri und Färberei am Montag, den 15. Oktober. Für die Abend- und Sonntagabteilung beginnt der Unterricht für Weber und Weber, Musterzeichner, Posamentierer, Kurbelsticker, Färber und Kaufleute bereits am Sonntag, den 14. Oktober et. Nähere Auskunft erteilt der Direktor der Anstalt, Professor Gärtler.

Wegen Aufhebung des Weihnachtsmarkts und Verlegung der Jahrmärkte aus der Gneisenaustraße war der freisinnige Verein der Halleischen Thorbesitzer bei dem Magistrat vorstellig geworden. Hierauf ist folgende Antwort erteilt worden: „Wir haben die Aufhebung der Weihnachts- und Jahrmärkte wiederholt in Erwägung gezogen und zwecks Aufhebung der Weihnachtsmärkte bereits im Jahre 1894 der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage gemacht, die indes nicht zur Annahme gelangte. Wir müssen deshalb davon absehen, die Angelegenheit zur Zeit von neuem in Anregung zu bringen. In einer Verlegung der Jahrmärkte von der Gneisenaustraße liegt aber keine Veranlassung vor, da die dafür angeführten Gründe (Schädigung der seßhaften Geschäftsleute et. d. Med.) für alle andern Stadtteile gleich zutreffend sind. Richter.“

Welche Gründe den freisinnigen Verein zu seinem Besuch bestimmten, ist nicht ersichtlich. Wahrscheinlich thaten ihm die armen Frauen und Kinder leid, die allen Unbilden der Bitterung ausgesetzt, mit dem Verkauf von Sechsermarken ein paar Pfennige verdienen.

August Scherl hat unter arger Konkurrenz zu leiden. Kaum ist er mit seinem Pantheon-Projekt hervorgetreten, so kommen auch schon andre, die es besser machen wollen. Hiesigen Blättern wird folgendes gemeldet:

„Die Vereitigung der alten Häuser am Schloßplatz zwischen der Breiten- und der Bräderstraße nimmt greifbare Gestalt an, wenn auch eine Verwendung des Bauplatzes für ein „Pantheon“ nicht geplant ist. Wie wir hören, beabsichtigen Berliner Bürger aller Stände, aus Anlaß des zweihundertjährigen Gedenktags der Gründung des Königreichs Preußen das Unternehmen auszuführen. Die bereits stattgefundenen Vorbesprechungen lassen darauf schließen, daß bald nähere Mitteilungen darüber in die Öffentlichkeit dringen werden.“

Dieser Plan ist schon um deswillen besser als das Pantheon-Projekt, weil er uns die Verlegenheit vom Hals nimmt, die großen Männer vom Garde-Rientenant und Staatsanwaltschaftsrat an aufwärts alle posthum zu placieren. Es ist wohl auch ungenügend, daß die anonymen Bürger aller Stände die Kosten für das noch etwas geheimnisvolle Unternehmen, das sich am Ende zu einer Triumphparade zum Andenken an den siegreichen Völkerverbund auszuwachen dürfte, völlig aus ihrer eignen Tasche heropfen.

Eine Abnahme des Besuchs der höheren Lehranstalten will der Magistrat beobachtet haben, wie aus einem Bescheide hervorgeht, den ein Bezirksverein auf eine Petition wegen Errichtung einer höheren Lehranstalt in der Tempelhofer Vorstadt erhalten

